

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fislser, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jhr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Ciba-Geigy an Arzneimittel-skandal in Japan beteiligt Seite 2

200 Millionen für die Weltbank? Entwicklungsländer kritisch durchleuchtet Seite 3

Sanftes Werben für harte Atomenergie Seite 4

Rückschritt in der Berufsbildung Stellungnahme der SGB-Jugend zum BIGA-Entwurf Seite 5

Arbeitsplätze für Kanonen Seite 6

Wirtschaftskrise und Unterdrückung in Chile Seite 7

SPK: Blick in den Nachrichtentrichter Seite 9

Revolutionsverdacht in der Schweiz?

Die Schweiz – eine Drehscheibe für die undurchsichtigen Machenschaften multinationaler Konzerne, für Waffenschlepper und Kriegsgewinner, ein Hort für Flüchtlinge aus der dritten Welt. Die Schweiz, eine Nation, in der eine kleine Anzahl wirtschaftlich Mächtiger Parlament, Regierung und Verwaltung weitgehend beherrscht und vor allem der Politik gegenüber der dritten Welt den Stempel aufdrückt. So revidiert Ziegler in seiner Kampfschrift das international so prätzel verwerfliche Image der Schweiz als Hort der Demokratie und der selbstlosen internationalen Rot-Kreuz-Solidarität, als Insel des Friedens und der Neutralität. Die Schweiz, also nicht so sehr allen Verdacht erhaben, sondern höchst verdächtig.

«Gnomenkult» der sowieso schon weit verbreiteten personifizierten «Kapitalismuskritik» Vorschub. Also der oft moralisierenden Illusion, dass durch die blosse Entmachtung der Schlüsselfiguren die Struktur des Systems und die Logik seines Funktionierens verändert werden kann.

In der aus engagiert sozialistischer Perspektive formulierten Demaskierung des «heilen» Bildes der Schweiz bringt Ziegler leider kaum neue Informationen und konkrete politische Perspektiven. An welche Personen es sich dabei handelt, widersprüchlich, eher aufgesetzt denn im Rahmen einer gründlichen materiellen Analyse der wirtschaftlichen und politischen Realität «Schweiz» entwickelt:

• Ziegler, in die SPS eingetreten ist er der Hoffnung, zusammen mit Freunden die Partei von innen heraus zu einer revolutionären Kraft umfunktionieren zu können, glaubt nicht (mehr) an einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Nach seiner Meinung besteht die Gefahr, dass die Linke, wenn sie eine Mehrheit über die Wahlen erreicht, schlussendlich nur die bürgerliche Macht übernimmt und effizienter verwaltet (wie die SPD): «Le parti socialiste suisse ne doit plus être la Croix-Rouge du capitalisme.» Wenn die Linke hingegen die Lebensbedingungen grundsätzlich verändern wolle, so sei der Bruch, die Revolution notwendig – und in der Schweiz auch möglich: «La productivité et le bien-être comme les contradictions objectives visibles du système capitaliste sont les plus avancés en Suisse. Tout est aujourd'hui possible dans ce pays, y compris la révolution.» Alles ist möglich – abstrakt die Möglichkeit, eher aufgesetzt denn im Rahmen einer kleinen Minderheit ein praktisches Bedürfnis.

• Nach Ziegler steuern 26 wirtschaftlich mächtige Personen die Geschichte der Schweiz (aus dem Hintergrund). Um welche Personen es sich dabei handelt, erfährt man nicht. Die Rechtsanwälte des Verlages haben kurz vor der Drucklegung des Buches die Liste – weil «juristisch zu heiss» – entfernt. Doch was tut's: Anstatt aufzuzeigen, in welcher Art und Weise die immense Machtfuldiger «Gnomen» durch die Struktur des Systems bedingt ist und diese zugleich aufrechterhält, leistet Ziegler mit seinem

In der Widersprüchlichkeit seiner taktischen Argumentation (einerseits demaskiert er das Parlament als «gekauft», andererseits beklagt er sich, dass er in eben diesem Parlament mit seiner Grundsatzkritik «nicht ankommt»), in der messianistischen Beschwörung des grundlegenden Bruchs reflektiert sich die prekäre Situation Zieglers: ein isolierter Linksintellektueller im Zentrum des «Monstrums», in einer Situation, in der eine sozialistische Bewegung erst (wieder) in Ansätzen vorhanden ist.

Rolf Nef

Wer bestimmt unser Gesundheitswesen?

Ärzte verteidigen ihre Pfründe

rk. Es wird in der Schweiz sehr viel von Ärzteüberfluss geredet, derweil der Patient Mühe hat, einen Arzt in nützlicher Nähe und Frist zu finden. Aber trotz dieser misslichen Situation (die auch in der Zahl der Ärzteliche festgestellt werden kann, CH 1974: 1 Arzt pro 1057 Einwohner, Norm der Weltgesundheitsorganisation: 1 Arzt pro 500 Einwohner) reagieren die

Behörden bei der Ärzteausbildung nicht mit der Schaffung von genügend Studien- und Assistenzplätzen, sondern mit Beschränkungen und Restriktionsmassnahmen (z. B. zwangsweise Studienortzuteilung, Numerus clausus). Der Artikel versucht, mit Zahlenmaterial nachzuweisen, weshalb die Standesorganisation der Ärzte ein schlechter Sachwalter unseres Gesundheitswesens ist.

Die Ärzteschaft bildet im Gesundheitswesen das mittlere und höhere Kader. Sie bestimmt über einen erheblichen Teil des Volkseinkommens faktisch ohne eine direkte demokratische Kontrolle. Die Ärzte sichern sich diese Macht durch eine hierarchisch strukturierte und autoritär geführte Standesorganisation, welche die gesamte Ärzteschaft umfasst und welcher sich auch kein Arzt bis jetzt entziehen konnte. Z. B. kann der einzelne Arzt seine Ausbildung zu den staatlich anerkannten Titeln (Spezialarzt FMH und Arzt für allgemeine Medizin FMH) nur im von der Schweizerischen Ärztesgesellschaft vorgegebenen Rahmen erwerben.

Grundlage (zumindest für den Kanton Zürich besteht keine Rechtsgrundlage vgl. Universitätsgesetz). Einige Studenten wurden zum Studienbeginn ins Weichland gezwungen – übrigens ohne eine verbindliche Zusicherung für die Fortsetzung des Studiums in den klinischen Semestern.

Trotzdem sind die Kapazitäten in der Vorklinik nicht wirklich ausgelastet: In Zürich konnten z. B. seit 1972 nie mehr als 36 Studenten ihr Studium beginnen, obwohl 1971 396 Anfänger akzeptiert wurden. 1972 wurde auch ein Plan schuldbilddig, welcher Investitionen für ca. 30 000 Fr. für Chemielaborplätze gestattet hätte, und jedes Jahr in Zürich 480 Studienanfänger ermöglichen würde.

Andere Universitäten haben ihre Anfangsplätze schon ein oder zwei Jahre früher auf einem willkürlich niedrigen Niveau gehalten, nachdem sie vorher z. T. schon grössere Anfängerzahlen bewilligt hatten. Ausser in Zürich besteht an allen Universitäten ein formalrechtlicher NC für Medizin.

In den *klinischen Semestern* ist die Situation viel schwieriger zu beurteilen und zu belegen. Die Vorlesungen dürfen zumindest in Zürich noch lange keinen Engpass darstellen; mittels Fernseh-

Monat, in dem nicht in der «Ärztzeitung» über Assistenzstellen, Ärzteüberfluss und NC geschrieben wird. Vielfach spürt man direkt die Angst um den Anteil am grossen «Kuchen», wenn Assistenten oder etablierte Ärzte beschwören verkünden, man müsse dem Andrang des Nachwuchses einen Riegel schieben.

Assistentenstellenmangel

Bis vor zwei Jahren konnte jeder frisch diplomierte Arzt in jeder beliebigen Spezialität sofort eine für die Ausbildung zum FMH anerkannte Stelle finden. Seither haben sich die ersten Anzeichen einer Stellenverknappung erstmals seit den 50er Jahren bemerkbar gemacht. Abgelehnt und für die Post-graduate-Ausbildung nicht anerkannte Spitäler finden heute wieder leichter Assistenten und Oberärzte. Zukünftige Allgemeinpraktiker haben vermehrt Schwierigkeiten, eine vernünftige Post-graduate-Ausbildung zu absolvieren. Chefärzte bevorzugen zukünftige

	1973	1974	1978
Anzahl vorhandene Assistentenstellen	5500	5500	5500**
Anzahl Assistenten und Oberärzte	4186*	4489*	6200**
davon Frauen	866*	935*	—
davon mit FMH	—	534*	—
Medizinstudenten im 1. Semester	1113*	1214*	?
Diplomierungen (Staatsexamen)	673*	748*	1200**
Anzahl Ärzte in freier Praxis	5900*	6085*	7300**
Einwohner pro prakt. Arzt	1082*	1057*	850**
Total der Ärzte	11641*	12257*	—

* Schweizer und anerkannte Flüchtlinge
** extrapolierter Zahlen. Über die Anzahl der ausländischen Ärzte in der Schweiz existieren keine zuverlässigen Angaben; es sind mindestens 1000; d. h. schon 1974/75 waren die vorhandenen Stellen vollständig besetzt.

Numerus clausus, Assistenzstellenmangel und Ärzteüberfluss

Die Entscheide über die medizinische Infrastruktur werden vom Staat immer aufgrund der Empfehlungen der Ärzteschaft gefällt. In der Vernehmung und in den Kommissionen sind die Ärzte übervertreten. Gut bekannt ist die übermässig starke Position der Ärzteschaft bei der KUVG-Revision (Kranken- und Unfall-Versicherungs-Gesetz).

	pro Kopf der Bevölkerung	total (in Mio. Fr.)	
Gesamtaufwand des schweiz. Gesundheitswesens 1973	1100 Fr.	6800	
davon für Spital inkl. Baukosten (680 Mio.)		3500	= 52%
davon für ambulante Medizin		1500	= 22%
davon für Arzneimittel		1200	= 16%

Die Gesamtaufwendungen der Schweiz für das Gesundheitswesen im Jahr 1973 von 6.8 Mrd. Fr. (ohne Ausgaben für Orthopädisten, Hebammen, Naturheiler/ärzte, kantonal approbierte Zahnärzte (Dentisten), Brillen, Hörgeräte, Rollstühle usw.) entsprechen 5% des Bruttoinlandsprodukts, oder anders gesagt, 9,6% des AHV-pflichtigen Erwerbseinkommens.

Bei einer Zunahme der Ärztezahll wird die Ärzteschaft nicht mehr in der Lage sein, als einheitlicher Block aufzutreten. Die Monopolstellung der Ärzteschaft wird Risse bekommen, und durch die grössere Konkurrenz wird das Einkommen der Ärzte sinken. Die Stellung des Volkes wird in der Folge potentiell gestärkt.

Wenn also seit einiger Zeit von Ärzteüberfluss, Numerus clausus (NC) für Medizinstudenten und Assistenzstellenmangel geredet wird, darf das nicht nur als medienintensive Aufregung um die Verteilung eines bis vor kurzem übermässig gewachsenen «Kuchens» verstanden werden; das Interesse müsste allgemeiner sein, wenn man zusätzlich bedenkt, wie wenig die ärztliche Tätigkeit der öffentlichen Kontrolle untersteht. Zudem bedroht der NC bei den Medizinstudenten auch benachteiligte Fächer und die Struktur der Mittelschulen.

Der drohende Numerus clausus

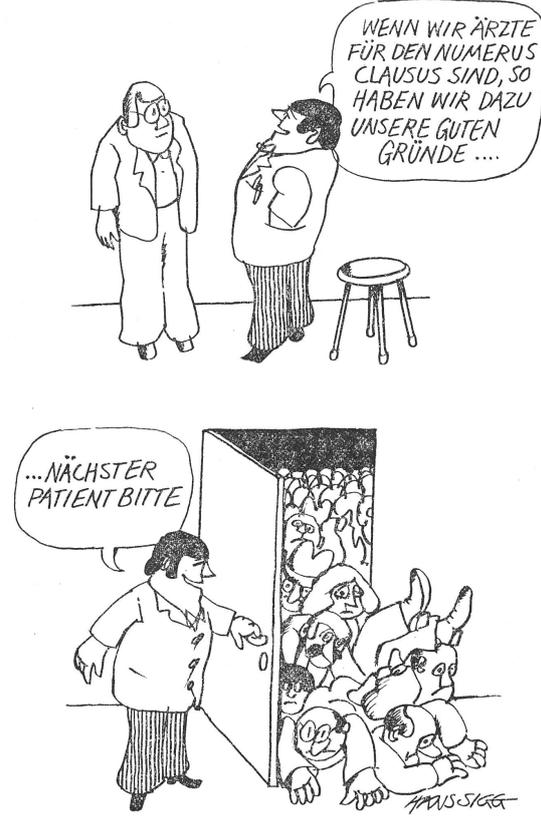
Seit Jahren spricht man vom drohenden NC bei den Medizinern. Die Gründe für die geplante Einführung eines NC liegen im vorklinischen Studium (erster und zweiter Jahreskurs) anders als in der Klinik. *Vorklinik:* Im Wintersemester 1973/74 haben gesamt-schweizerisch 1214 (Vorjahr 1113) Studenten ein Medizinstudium begonnen. Eine eidgenössische Stelle (Cep-REM) besorgte die zentrale Vergabe von Studienplätzen ohne eine rechtlich haltbare

übertragung in andere Hörsäle hat man eine schon heute praktizierte Ausweichmöglichkeit für grosse Studentenzahlen zur Hand.

Der angeblich grösste Engpass sind die klinischen Kurse am Krankenbett. Doch auch hier können einem berechtigten Zweifel kommen, wenn man bedenkt, dass durch die Verkürzung des vorklinischen Studiums um ein Semester im Rahmen der Umstellung auf den Rossi-Plan (Reform der Studienzeit mit Verkürzung auf 6 Jahre, vgl. Zürcher Student Nr. 52/4) zwei Jahreskurse in der Klinik auf der gleichen Ausbildungsstufe standen und trotzdem ohne grössere Schwierigkeiten aneinander vorbei kamen; d. h. es wurden fast doppelte Studentenzahlen bewilligt! Der Ausbau des Klinikums St. Gallen als Ausbildungsstätte für Studenten schlierte an einem 6-Mio.-Kredit (vgl. diesen Betrag mit den Gesamtausgaben von 6.8 Mrd. Fr. für das Gesundheitswesen).

Ist der NC also ein Phantom? Die Universitätsorgane selbst sind kaum interessiert am NC, bringt doch eine Beschränkung der Studentenzahlen eine Beschränkung des Budgets, da der Bund bis anhin die Studentenzahlen subventionierte. In der Medizinischen Fakultät sieht das schon anders aus, ist doch die Ausbildung von Studenten für die Direktoren vielfach hauptsächlich eine Behandlung ihrer Forschungsprojekte und eine Belastung für den Klinikbetrieb.

Der grösste Druck kommt aber sicher von den Ärzten und ihrer Standesorganisation selbst. Es vergeht kaum ein



Spezialärzte ihres eigenen Fachbereiches. Die generelle Stellenplafonierung in den staatlichen und halbstaatlichen (subventionierten) Spitalern lässt für die nächsten Jahre kaum eine Vermehrung der etwa 5500 Assistenten- und Oberarztstellen in der Schweiz erwarten. Für die Anstellung von Assistenten sind in der Schweiz die Klinikdirektoren verantwortlich. Die Anzahl Stellen und deren

Rahmenbedingungen legen die Kantonsregierungen fest; für den Kanton Zürich z. B. gilt die Verordnung vom 28. 11. 1963. In andern Kantonen gibt es meist ähnliche Regelungen. Die jährliche Zunahme der Gesamtassistentenzahl beträgt etwas mehr als 300, weil die Abgänge in die freie Praxis, in die Industrie und ins Beamtenamt nicht in dem Mass zunehmen wie die Diplomierungen. Die Durchschnittsassistenzzeit beträgt 10 Jahre (Spezialisten 11, Allgemeinpraktiker 7,5). Da 1978 zwei Jahreskurse (Rossi-Plan-Einführung) zur Diplomierung gelangen, ist schon für Ende 1978 mit 6200 Assistenten und Oberärzten schweizerischer Nationalität bzw. Flüchtlingen zu rechnen. Dabei muss man im Auge behalten, dass heute mindestens 1000 ausländische Ärzte in den Spitalern arbeiten. Wie gesagt sind nur 5500 Stellen vorhanden. Ohne Sofortmassnahmen ist für 1979 also mit einer erheblichen Zahl von arbeitslosen Ärzten zu rechnen; es ist fraglich, ob ab 1979 überhaupt mehr als 50% der Studienabgänger eine ärztliche Arbeit finden werden.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 55 h/Woche. An gewissen Kliniken wird aber bis zu 80 h/Woche gearbeitet, wobei die Zeit für persönliche Weiterbildung noch dazugerechnet werden muss. In den Anstellungsverträgen findet sich denn auch häufig der ominöse Satz: «Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen des Instituts.»

Ärzteüberfluss?

Im Budapest Symposium der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1968 wurde eine Ärztedichte von 1 praktizierenden Arzt auf 450 bis 500 Einwohner als ideal angegeben; doch weshalb soll ausgerechnet diese Zahl für die Schweiz ideal sein? Alle nach 1970 entstandenen Studien geben 1980 als Datum für den Beginn eines Ärzteüberflusses an. Wenn man die heutigen Zahlen extrapoliert, ergibt sich in der Schweiz erst ab 1984 oder 1985 eine Ärztedichte von 450 Einwohnern auf einen Arzt. Wenn sich

«Ein Netto-Einkommen von (1973) 175 000 Fr. ist für einen frei praktizierenden Schweizer Arzt vollqualifiziert», hält die «Schweizer Ärzte-Information» fest: «es hält dem Vergleich mit Zehntausenden von Einkommen und Gehältern in Wirtschaft, Staatsverwaltung usw. durchaus stand.» (7. 4. 76)

aber – wie zu erwarten – die Durchschnittsassistenzzeit von gegenwärtig 10 Jahren verkürzt, sei es nun durch regulatorische Massnahmen oder durch erhöhte Konkurrenz um Assistentenstellen, darf schon ab 1982 eine «ideale» Ärztedichte erwartet werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

1974 traf es gesamtswissweizerisch einen Arzt auf 1057 Einwohner. Von 1940 bis heute ist die Arztedichte in den Städten und gesamtswissweizerisch gestiegen, auf dem Lande aber von 1818 Einwohnern je Arzt in freier Praxis im Jahr 1940 auf 1959 Einwohner im Jahr 1974 gesunken. Die Prozentzahlen der Allgemeinpraktiker ist im gleichen Zeitraum von 56% auf 38% abgesackt. Die durchschnittliche Arbeitszeit der praktizierenden Ärzte beträgt 55 h/Woche. Für eine regelmäßige Fortbildung ist neben anderen Gründen vor allem der Zeitmangel ein grosses Problem.

Entwicklungen und Lösungsvorschläge

Über die nächste Entwicklung des NC-Problems lässt sich wohl kaum heute schon eine seriöse Angabe machen. Gesetzliche oder anderweitige regulatorische Grundlagen für die Durchführung eines echten NC liegen keine auf dem Tisch, insbesondere ist noch gar nicht klar, nach welcher Gesichtspunkten die Studienplatzvergabe erfolgen soll.

Wie sich die Zahl der Assistentenstellen und die Menge der freien Ärzte verändern werden, hängt sehr von den zu treffenden Massnahmen ab: Die Durchschnittsassistenzzeit von 10 Jahren wird entweder durch Reglementierung oder durch die vermehrte Konkurrenz rasch absinken. Die Zahl der frei praktizierenden Ärzte wird sich in enger Abhängigkeit von der Durchschnittsassistenzzeit entwickeln. Die Gesamtzahl der Ärzte wird in Zukunft vermehrt durch Auslandsaufenthalte und Abwanderung in die dritte Welt oder europäische Länder beeinflusst werden.

Zur Beurteilung von Lösungsvorschlägen muss man sich ständig vergegenwärtigen, dass die Anzahl der Ärzte die Qualität und den Charakter unseres Gesundheitssystems wesentlich bestimmt. Die hauptsächlichste Kritik am Gesundheitswesen richtet sich gegen seine Unmenschlichkeit. Der Spitalbetrieb, aber auch die ambulante Medizin in der Praxis behandeln den Patienten als Werkstück. Die Beziehung Patient-Arzt ist durch viele Faktoren gestört: Der Zeitmangel der Ärzte ist wesentlich durch den Einsatz von technischen Geräten bestimmt. Der Wissensstand der Ärzte wird durch den Zeitmangel stark herabgesetzt. Welcher Arzt kann schon nur 10% der Zeit für Weiterbildung aufwenden? Der Einsatz von technischen Geräten verteuert die Medizin unverhältnismässig, der Begriff der «Kostenexplosion» beschreibt aber die Verhältnisse nur sehr ungenau, wenn dem medizinischen Personal die Schuld daran zugeschoben wird. Die technischen Apparate vermindern wohl den Zeitaufwand des einzelnen Arztes, vergrössern aber insgesamt den personellen Einsatz überproportional. Die Organisation in Einzelpraxen vergrössert die Anzahl Apparaturen und zugehörigen technischen Personals enorm. Technisches

Table with 2 columns: 1973 Einkommen pro Kopf in Franken, Gesamtaufwand in der Schweiz 1973. Rows include Ärzte im Spital, übriges med. Personal, Ärzte in freier Praxis (brutto/netto), and Assistenten im rel. gut behandelnden Spital.

Spitalärzte verdienen im Durchschnitt 2,8mal mehr als die übrige Personal. Das Durchschnittseinkommen der Ärzte in freier Praxis ist höher als angegeben, da die in der Statistik mitgerechneten Chefärztgehälter im Durchschnitt höher sind als diejenigen der übrigen. Nach Einricht in Steuersätze von Chefärzten mit Einnahmen von 200 000 Fr. bis zu 1 Million Fr. zu rechnen.

Personal ist auch ungenügend für die Betreuung von Patienten ausgebildet. In der hochentwickelten hierarchisch strukturierten Umgebung wird der Patient nur nach als Ware empfunden und behandelt. Die Psychopharmaka vermindern die zeitliche Belastung des Arztes pro Patient. Der Patient hätte aber sicher einen grosseren Nutzen von einem intensiven, «zeitraubenden» Gespräch. Nebenbei: Die psychologische Ausbildung eines Mediziners beträgt weniger als 100 Stunden.

Die grundsätzlichen Fragen in Zusammenhang mit den Arzteszahlen müssen also heissen: Wollen wir ein Gesundheitswesen, welches 1. den menschlichen Kontakt zu bewerkstelligen, 2. die Entfremdung vom Kranken und vom eigenen Körper vermindert durch Gesundheitserziehung, Aufklärung und praktische Instruktionen für Selbstuntersuchung usw.? Hierzu müsste auch eine gezielte Ausbildung der Ärzte stattfinden.

der Ärztesgesellschaft unabhängige Stelle wäre wünschenswert. 5. An jeder Klinik soll ein Minimum an kurzfristig und kurzzeitig belegbaren Stellen freigehalten werden, damit für Allgemeinpraktiker und Fachfremde noch genügend Ausbildungsplätze bleiben. 6. Verkürzung der Assistenzzeit auf 7 Jahre mit Bewilligungspflicht für Ausnahmen: Im Kanton Zürich wird demnächst ein parlamentarischer Vorstoss in den Punkten 5. und 6. erfolgen. Ob eine Verkürzung der Assistenzzeit nicht zu schlechter ausgebildeten Ärzten führt, muss man sich aber fragen. Auf alle Fälle bringt sie eine weitere zeitliche Intensivierung der ohnehin schon durch den Rossi-Plan drängend in Ausbildung. Die Anzahl der Assistenten im staatlichen Sektor des Gesundheitswesens würde, so trotz höherem Output an Ärzten, konstant bleiben. Zusätzlich sinkt durch eine grössere Rotation der Assistenzkräfte in den Spitälern die Qualität des staatlichen Sektors des Gesundheitswesens.

Dieser Vorschlag scheint momentan die grösste Chance für eine Realisierung zu haben; er wird vom Assistentenverband propagiert. Tatsächlich könnte durch eine rasche Verwirklichung die drohende Arbeitslosigkeit der jungen Ärzte verhindert und die positive Entwicklung der Gesamtärzteszahl nicht gebremst werden.

7. Anerkennung weiterer Spitäler für die FMH-Ausbildung und Anerkennung von Praxisvertretungen: Dies wäre eine juristisch komplexe Frage. Sie würde z. B. Reglementierungen für Privatspitäler erfordern; teilweise wäre sicher ein Einfluss des Staates mittels Subventionen und an sie geknüpfte Bedingungen möglich. Diese Vermehrung der Assistenzstellen wäre in jeder Beziehung wünschenswert. 8. Arbeitsreduktion der Assistenten durch Stellenvermehrung: Natürlich kann eine solche Forderung nur durch einen gewerkschaftlichen Kampf eingeleitet werden. 9. Gesamtschweizerischer NC: So könnten im Gesundheitswesen die alten Privilegien der Ärzterhierarchie gegen die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung dank der Einschränkung des Angebots an ärztlicher Leistung und Bewahrung der Monopolstellung weiterhin aufrechterhalten werden. Die Zeitnot und damit der Einsatz von weiteren Apparaten und Medikamenten zur Rationalisierung würden bleiben. Auch die Interessen

redaktionelles ++ redak

Wie wird man «das Konzept» los?

Die Hochschulkommission (HK) der Universität Zürich hat beschlossen: Die Gestaltung der Zeitung «das Konzept» ist rechtswidrig. Der KStR, die studentische Exekutive, wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Redaktion... die Statuten des Herausgebervereins «das Konzept» einhält. Für den Fall, dass sich die Gestaltung der Zeitung nicht ändert, droht die Hochschulkommission an, jede Unterstützung des «Konzept» durch die Studentenschaft zu untersagen.

die Information des «Konzept» müsse «insbesondere» Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitik umfassen. Jeder nur halbwegs juristisch informierte Laie weiss, dass mit dem Wort «insbesondere» eine nicht abschliessende Aufzählung beabsichtigt ist. Insofern ist die Zeitung völlig willkürliche Auszählung der Beiträge zu diesen Gebieten in keiner Weise beweiskräftig für das Verdict, die «Konzept»-Gestaltung sei «rechtswidrig».

Die HK betont, dass sie «über die Studentenschaft der Universität lediglich eine Rechts-, nicht aber eine Ermessenskontrolle» ausübt. Wie aber stellt es, wenn das Gremium - ohne eine genauere Definition der Begriffe - geben und statieren, 1975 sei im «Konzept» der Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitik nicht jener Stellenwert zugebilligt worden, «wie dies aufgrund der Statuten vorgesehen wäre». Diese Beurteilung gründer weitgehend auf einem Ermessensentscheid.

Fahrlässig ist, dass die HK es versäumt hat, sich auf alle verfügbaren Grundlagen zu stützen: So würden die von der «Konzept»-Verbandsversammlung aufgestellten redaktionellen Richtlinien nicht berücksichtigt. Dort nämlich konnte die HK lesen, die Zeitung solle «in formaler und materieller Hinsicht möglichst vielseitig, verständlich und allgemein interessierend gestaltet werden». Besonderer Wert soll danach auf Informationen gelegt werden, «die den Lesern zum Studium und zur Weiterbildung zugänglich sind». Der Inhalt sei «so anzulegen, dass ein Leserpublikum, das über das Studentische hinausgeht, gewonnen werden kann». Die Begründung dafür zeigt, dass dies im eigenen studentischen Interesse liegt: «Ziel ist seine Wirkung zu steigern, indem die Hochschulkommission Gefallen gehabt haben dürfte an der April-Nummer, die, u.a. mit dem Report über Repression gegen Lehrer, auf fast 6 der 8 Seiten Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitischs gebracht hat.

Interpretation der HK sind durch § 87 der Universitätsordnung «Stellungnahmen und Aktionen der Studentenschaft zu allgemein-politischen Themen» verboten. Wenn daraus gefolgert wird, schon die «Beteiligung der Studentenschaft der Universität Zürich sei «problematisch», wenn sich «das Konzept» nicht auf studentische und universitäre Themen beschränke, so bedeutet das in der Praxis die Forderung, einer der «Konzept»-Verbandsmitglieder allein solle den Inhalt bestimmen.

Abgesehen von diesen schwerwiegenden juristischen Ungereimtheiten, hinter denen die politische Absicht, das «Konzept» abzuklemmen, nur zu deutlich wird, heraufzusehen würde, es scheint, dass ein Bundesgerichtsentscheid in dieser Frage bei geschickter Argumentation die Rechtsgrundlage liefern könnte - könnten Gelder für eine beträchtliche Zahl Assistentenplätze freigemacht werden. Man kann sich auch fragen, ob nicht die Notgehälter der freien Ärzte um je ein Assistentenzeitgehalt gekürzt werden könnten. Ein Assistentenzeit mehr ist für den Patienten sicher wertvoller als etablierte Ärzte, welche zigtausend Franken pro Jahr mehr verdienen.

Ähnlich oberflächlich ist die Argumentation zu den Statuten: Dort heisst es,

Siehe auch «Giltens Argumente» auf Seite 6.

der Apparate- und der chemischen Industrie könnten sich weiterhin leicht durchsetzen, welche dieser, z. B. im Sinn eines Ausbaus der poliklinischen Dienste. Diese Umstrukturierungen könnten theoretisch sogar ohne Kostensteigerungen durchgeführt werden. Wenn man den Anteil des Staates an den Privatpatientenononoren der Chefärzte öffentlicher Spitäler von höchstens 30% heraufsetzen würde, es scheint, dass ein Bundesgerichtsentscheid in dieser Frage bei geschickter Argumentation die Rechtsgrundlage liefern könnte - könnten Gelder für eine beträchtliche Zahl Assistentenplätze freigemacht werden. Man kann sich auch fragen, ob nicht die Notgehälter der freien Ärzte um je ein Assistentenzeitgehalt gekürzt werden könnten. Ein Assistentenzeit mehr ist für den Patienten sicher wertvoller als etablierte Ärzte, welche zigtausend Franken pro Jahr mehr verdienen.

Auf jeden Fall wäre es unklug, die Entscheidungen, welche unser Gesundheitswesen nachhaltig bestimmen, den Interessen der ärztlichen Standesorganisation zu überlassen. Die unter Druck geratene Generation von Medizinern hat die Möglichkeit, für die Interessen des Volkes einzustehen.

Takeda Chemical geworden ist. Die Schweizerische Nationalbank ist zusammen mit Ciba-Geigy hauptverantwortlich für die Tragödie...

Arbeitsgruppe Assistentenstelle der Basisgruppe Medizin

Schweizer Pharmakonzern in Japan vor Gericht

Absatz gestiegen - Patienten gestorben

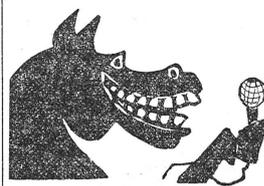
Nach fünfjährigen Verhandlungen geht in Tokio der bis heute grösste Arzneimittelprozess der Welt zu Ende. Vor Gericht sind der multinationale Konzern Ciba-Geigy, sechs weitere Unternehmen und etwa 30 Ärzte auf Schadenersatz in der Höhe von einer Milliarde Franken eingeklagt. Chinoform, eines der meistverkauften Medikamente, wird beschuldigt, den Tod von rund 1000 Menschen verursacht zu haben und nahezu 30 000 andere invalidiert oder geschädigt zu haben. In der Schweiz ist dieses Mittel nach wie vor zum Verkauf zugelassen.

auf weitere ähnliche Berichte von Tierärzten hin, sah sich Zeitverloster, ein Informationszirkular zu verschicken mit der Warnung, dass Enterovioform und Mexaform für Hunde und Katzen ungeeignet sind.

Geld gegen Gesundheit

Freie Marktwirtschaft gegen soziale Verantwortlichkeit - dieses Kräftepaar ist neben dem Genussmittelsektor (z. B. Alkohol und Zigaretten) auf dem Arzneimittelmarkt eine bekannte Erscheinung; schon des öfters hat die freie Marktwirtschaft die Oberhand über die Gesundheit der Patienten behalten. Erinnerung sei an Menoil, einen Appetitzücker, der eine ansehnliche Reihe von Menschen ins Grab gebracht hat. Eine Lungenfibrose (eine Zunahme der bindegewebigen Strukturen der Lunge mit Bluthochdruck im Lungenkreislauf) war die Ursache. Erstaunlich die Tatsache, dass das Medikament auf Grund der schwerer Schädigungen in den USA schon längere Zeit aus dem Verkauf gezogen war, in der BRD einige Zeit später, aber in der Schweiz seine mörderische Tätigkeit immer noch ausüben konnte.

Das «Konzept»-Kurztinterview des Monats



«das Konzept»: Herr Raymond Broger. Sie haben sich bis jetzt schon um Appenzel Innerrhoden verdient gemacht. Nun treten Sie mit einem neuen, gesamtappenzelischen Anliegen an die Öffentlichkeit.

Broger: Ja, wir wollen jetzt endlich eine dringende Initiative lancieren. Die «Initiative zur Errichtung eines politischen Nationalparks in beiden Appenzeln».

«das Konzept»: Warum diese Initiative? Broger: Wir haben einfach genug davon, dass uns die ganze Schweiz auslacht, weil wir uns Verrodden das Frauenstimmrecht nicht einführen wollen. Bei uns ist es schon richtig, wie es ist. Und als «politischer Nationalpark» stehen wir dann eben zuzusagen unter Denkmalschutz. Dann wird es wie im anderen Nationalpark: Man lässt alles so, wie Gott und die Natur es geschaffen haben.

«das Konzept»: Herr Broger, wir danken für das Gespräch.

Initiativbogen können bezogen werden bei «das Konzept» oder Redaktion «Appenzeler Volksfreund», Engelgasse 3, 9050 Appenzel.



Das Präparat, heilend und vorbeugend gegen einfache und harmlose Sommerdurchfallerkrankung verschrieben, wurde von verschiedenen Firmen in Japan auf den Markt gebracht: 186 Mittel mit Chinoform, dem mit mehrschreiberischer Reklame angepriesen worden. Für die Folgen dieser Therapie will nun niemand die Verantwortung übernehmen.

schwedischen Sachverständigen Dr. O. Hansson, Professor für Kinderneurologie, ist es unbegreiflich, dass das Medikament unbekümmert in hohen Dosen - bis zu 2-4 in Einzelfällen sogar 9 g pro Tag - weiter verabreicht wurde, nachdem so viele Schädigungen und Todesfälle aufgetreten waren.

Frühe Warnungen

Die japanischen Unternehmen und das Gesundheitsministerium müssen die Berichte und Verdächtige über Nebenwirkungen und Schädigungen schon früher als 1970 erkannt haben. Für Chinoformpräparate wurde 1969 in Schweden die Reklame gestoppt, und zwei Jahre später kamen sie auf die schwarze Liste.

Dass damit in der Anwendung auf den Menschen die gesetzliche Limite überschritten war - wo anders liegt der Sinn des Tierversuchs? -, davon wurde keine Kenntnis gegeben. Diese Alarmglocken wurden unter den Tisch gewischt: Der Verpflichtung, die Präparate wenigstens neu zu testen und die Verdachtsmomente auszuräumen, kam man nicht nach.

Warum die Institutionen, denen die Kontrolle obliegt, so viele Jahre lang untätig zusehen haben, ist ungeklärt. Wir möchten hier nur feststellen, dass von der letztlich verantwortlichen Seite wenig, ja viel zu wenig getan worden ist. Dass die wesentlichen Richtlinien zum Schutz der Patienten so eindeutig und grob-fahrlässig verletzt worden sind, kann wohl in keiner Weise entschuldigt werden, auch nicht durch die teuersten Anwälte vor Gericht. Dass die Gescha-



digten die Folgen der fatalen Medikamentenwirkung selbst zu tragen hätten, weil selbstverschuldet, dürfte wohl die absurdeste Idee sein. Warum wäre sonst das Verbot aller Chinoformpräparate in Japan letztlich doch durchgesetzt worden?

Ein Grund für die allzu lange Verschleppung dieses überfälligen Entscheides dürfte die auch in Japan übliche Verzögerung von Staat und Wirtschaft sein: Der japanische Vize-Gesundheitsminister hat kürzlich den öffentlichen Dienst quittiert, weil er Direktor bei der

Trotz der Katastrophe sind die Hersteller noch immer der Meinung, dass Chinoform unschädlich sei. Obwohl der Zusammenhang zwischen dem Präparat und der SMON-Krankheit (subakute Myelo-Optico-Neuropathie) als hundertprozentig gesichert gelten kann, fährt man damit fort, es über die ganze Welt zu verkaufen - mit Ausnahme von Skandinavien, Japan und den USA. Wenn auch heute Einschränkungen in Dosis und Zeitdauer der Anwendung gemacht werden, so ist das Problem des Ausschlusses von Schädigungen noch nicht endgültig gelöst.

Nachdem sich durch Jahre hindurch die mysteriösen Fälle zu Tausenden angesammelt hatten, wurde 1970 der entscheidende Hinweis zur Aufdeckung des kausalen Zusammenhangs in der SMON-Krankheit gefunden: Der grüne Belag auf der Zunge, der bei den meisten Patienten vorhanden war, enthielt Chinoform. Nach Auffassung des

Entwicklungshilfe - lohnende Investition für die Industrieländer

Das 200-Millionen-Ding

Am 13. Juni befindet das Schweizervolk über einen 200-Millionen-Kredit an die Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association) IDA. Das ist der Anlass, an diesem Beispiel Grundätzliches zur Entwicklungshilfe deutlich zu machen. Bekanntlich ist der IDA-Kredit umstritten: Die bürgerlichen Parteien und die SPS haben zum Referendum der Schwarzenbach-Republikaner gegen den Parlamentsbeschluss die Ja-Parole ausgegeben. Neben den Rechtsnationalen lehnen aber auch noch die Linken den Kredit ab, mit anderen Gründen natür-

lich: Rechts erhofft man sich ein Plebiszit gegen Entwicklungshilfe überhaupt, links zweifelt man, dass über IDA-Zahlungen sinnvolle Hilfe für die Völker der dritten Welt geschieht. Die «Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik» (SAFE) versuchen im folgenden, die Positionen in diesem verwirrenden Ringen um schweizerische Entwicklungspolitik zu klären. Sie zeigen anhand der aktuellen Beispiele aus Abstimmungsvorbereitung und aus Geschichte von Weltbank und IDA, dass es nicht um die Alternative «ja oder nein» geht, sondern um das Wie der Hilfe.

Die IDA ist eine Tochter der Weltbank, die nach den genau gleichen Kriterien wie die Weltbank Kredite erteilt, allerdings nur an Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 375\$ im Jahr. Ihr Personal arbeitet immer für beide Banken. Bei der Erteilung von Krediten prüfen die Weltbankexperten die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Aspekte, vor allem aber die Rentabilität des Projektes. «Das Projekt, das mit Hilfe des Darlehens verwirklicht wird, muss technisch und wirtschaftlich solide und für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von grosser Priorität sein» (Weltbank und IDA, 1975).

Wer zahlt, befiehlt

Diese Kriterien werden genauso angewendet, wie sie die westlichen Industriestaaten verstehen. Dies ist nicht verwunderlich, ist doch die Weltbank als Aktiengesellschaft aufgebaut, in der sieben Industrieländer die absolute Mehrheit besitzen. Allein die USA verfügen über mehr als 25% der Stimmen; bei der Gründung der Weltbank 1946 waren es annähernd 40% gewesen. Dazu kommt, dass die Weltbank den Grossteil ihres Kapitals aus Anleihen bekommt. Diese Gelder bekommt sie, weil sie die Bankiers überzeugen konnte, dass sie dieselben Interessen hat wie sie. Verbeugend wirkt sich aber die Weltbankpolitik aus, wenn ein Land diese Bedingung nicht akzeptiert.

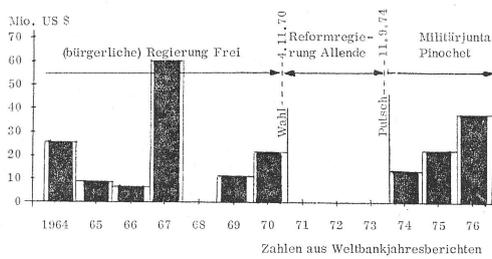
Das Beispiel Chile

Chile war ein regelmässiger Kunde der Weltbank. In den 60er Jahren betrug die jährlichen Kreditsummen durchschnittlich 17 Mio. US-\$... Nach dem Allende die Wahlen gewonnen hatte, brachte die Weltbank bald ihre Skepsis über die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten Chiles zur Sprache, zahlte die bereits zugesprochenen Gelder aus, führte die Gespräche über weitere Projekte inhaltlich weiter, gab jedoch keine weiteren Kreditsummen. Als Allende die Kupferbergwerke verstaatlichte und dabei die übermässigen Gewinne (die Gewinne betragen in den letzten 5 Jahren 562 Millionen US-\$) von der Bilanzsumme von 600 Millionen US-\$ abzug... Die Weltbank «kann Kredite an Mitgliedstaaten ablehnen, die sich nicht ausreichend bemühen, Enteignungsforderungen oder ähnliche Streitigkeiten zu regeln» (Weltbank und IDA, 1975).

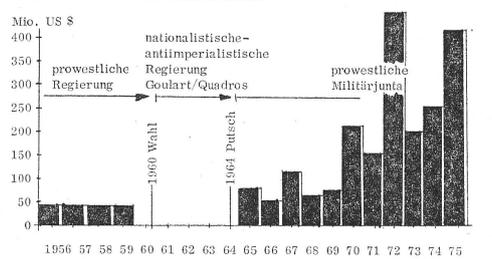
Pinochet-Junta gefälliger

Pinochet schien der Weltbank jedoch eine Wende zum Besseren zu verkörpern, denn schon im Februar 1974 wurde der erste Kredit erteilt (bis heute 66 Millionen US-\$). Dabei hat Pinochet weder die Auslandsschulden bezahlt (nur

Weltbank-Darlehenszusagen an Chile



Weltbank-Darlehenszusagen an Brasilien



über das Nichtzahlen Verhandlungen geführt) noch die Inflationsrate verkleinern können, noch mit seiner - von der Weltbank begrüssen - Wirtschaftspolitik die Produktion steigern können. Chile ist kein Einzelfall. Die Weltbank gewährte Brasilien während der Regierungszeit des linken Präsidenten Goulart keine Kredite (s. Graphik). Heute bekommt die Militärjunta Kredite in der Größenordnung von 300 Millionen \$ pro Jahr.

Nichtstun genügt die Drohung der Nichterteilung von Krediten, um ein Land zu einer Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu bringen. Die Weltbank fördert die konservativen Regierungen, ob Militärregierung oder nicht. Diese steigern zwar die Gewinne der Multinationals, konnten bis heute jedoch die Grundbedürfnisse der Massen nicht befriedigen. Das bringt uns zu einer Grundatzfrage:

Sind Kredite Entwicklungshilfe?

Kredite müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden. Die Weltbank verlangt 8% Zins pro Jahr, und das Kapital muss in 10 bis 20 Jahren zurückbezahlt werden. Man kann sich leicht ausrechnen, welche Profite während im ersten Jahr an herausgewirtschaftet werden müssen, falls für das Entwicklungsland auch noch etwas abfallen soll. Diese Kredite gehen daher auch selten in die Landwirtschaft, sondern in die exportorientierten Wirtschaftssektoren, die mit diesem Mittel aufgebaut werden, jedoch wenig Impulse geben für den Aufbau einer eigenen, auf die Bedürfnisse der Massen ausgerichteten Industrie.

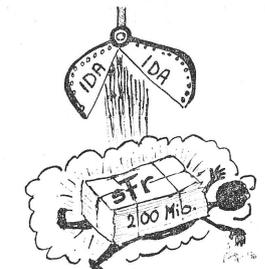
Auch die weichen, unverzinslichen Kredite der IDA mit einer Laufzeit von 50 Jahren ändern dies nicht grundsätzlich. Sie konzentrieren sich zwar in der Landwirtschaft, aber fördern auch dort die Aufteilung in einen exportorientierten und zurückgebliebenen Sektor. Es muss auch bemerkt werden, dass die Länder, die sich wirtschaftlich zu einem grossen Teil von der übrigen Welt lösen lassen - China, Kuba, Nordvietnam - ein Wachstum erzielen, das die Grundbedürfnisse der Massen befriedigen konnte.

«Grüne Revolutionen» ...

Durch die Erfahrung der kubanischen Revolution und die Bauernbewegung in anderen Ländern der dritten Welt erschreckt, entdeckten die USA die Wichtigkeit einer Entwicklung der Landwirtschaft. Man versuchte durch eine «grüne Revolution» die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um den Weltmarkt mit der Bevölkerungszunahme zu gewinnen. Diese Erfahrungen wurden in Mexiko, auf den Philippinen und in Teilen Indiens bewiesen, dass durch den (kapitalintensiven) Import von moderner Technologie (Düngemittel, Pestizide, künstliche Bewässerung, ertragreichere Sorten usw.) die Hektarerträge beträchtlich gesteigert werden konnten.

Die negativen Folgen zeigten sich bald: Die Gegensätze zwischen den begünstigten und den nicht von der «grünen Revolution» erfassten Regionen nahmen zu, die reichen Bauern konzentrierten immer mehr Land in ihren Händen und wurden noch reicher. Die sozialen Spannungen wuchsen, obwohl die «grüne Revolution» dies verhindern wollte. Ebenso gaben und geben die ökologischen Schäden, zum Beispiel die Verbreitung von Schädlingen und die Bodenvergiftung durch übermässigen Kunstdüngerverbrauch, zu ernstem Bedenken Anlass.

Diese negativen Erfahrungen veranlassten McNamara, Präsident der Welt-



bank, 1973 in Nairobi eine neue «kleine grüne Revolution» zu proklamieren. Sie sollte die Produktion der Kleinbauern steigern (ab 1980 um 5% jährlich) und die absolute Armut (=jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50\$) beseitigen. Obwohl eine abschliessende Beurteilung noch nicht möglich ist, gibt es genug kritische Stimmen: «Die «kleine grüne Revolution», welche die Bank durchführen will im Kleinbauernsektor, wird also ähnliche Konsequenzen haben wie die grosse grüne Revolution. Sie wird sich noch verheerender auswirken durch grössere Armut, Beschäftigungslosigkeit. Damit verglichen wird die grosse grüne Revolution wie ein Kinderspiel wirken» (Jair Londono).

... oder echte Landreformen?

Was könnte aber die Situation der Bauern grundsätzlich ändern? Dazu derselbe Bauer: «Wir (Bauern) wollen für veränderte gesellschaftliche Verhältnisse kämpfen, für die Abschaffung der kapitalistischen, oligarchischen Regierung, die uns verfolgen lässt... Das waren schon immer die Ziele der Bauernbewegung mit wirklich weitem Horizont. Wir geben uns nicht mit Beuhigungspillen zufrieden»

Ähnlich haben die schweizerischen Hilfswerke eines der Hauptziele der Entwicklungspolitik definiert: «Ohne Landreform kann es zum Beispiel keine ausreichende Nahrungsmittelproduktion für und durch die arme Bevölkerung geben.» Und: «Dringend sind Veränderungen in der Landbesitz- und Pachtverhältnissen.»

In dieser Frage sehen wir den Unterschied zwischen den beiden Entwicklungskonzeptionen am deutlichsten. Soll man versuchen, die Bauern in die «freie Marktwirtschaft» einzugliedern und damit den Grossteil der Bauern verarmen und arbeitslos werden zu lassen, oder sollen die Bauern zusammen eine Entwicklung einleiten, die die Grundbedürfnisse aller befriedigt?

Schwarzenbachs Nein

Seine Meinung zu diesem Thema fasst Schwarzenbach im Schlagwort «Entwicklungshilfe als Selbstordnungswehr» zusammen. Er bedauert, dass das arme Europa wieder einmal von den Wühlmäusen aus dem Osten untergraben worden sei, dass uns eine neue internationale Organisation, die wie die Uno gegen «unsere» Interessen handele, aufgesetzt worden sei. Sein Nein ist meilenweit von unserer Befürwortung einer alternativen Entwicklungspolitik entfernt, die sich nicht mit einer nationalistisch-chauvinistischen Haltung à la Schwarzenbach vereinen lässt.

Wie die Abstimmungsmaschinerie läuft

Anhand der Vorarbeiten für die IDA-Abstimmung kann man gut studieren, wie die schweizerische «Abstimmungsmaschinerie» läuft. Sie zeigt deutlich die Meinungsmacher im Hintergrund, Verwaltungsbeamte, einige wenige Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und eine Handvoll Parlamentarier planen die Abstimmungsstrategie, filtern die Nachrichten, entscheiden über den Informationsfluss, bestimmen letztlich, was Hunderttausende denken müssen.

Die Weltbankorgane, namentlich die Informationsabteilung ihres Pariser Büros, hatten seit langem in die Schweiz hineingewirkt. Vor mehr als einem Jahr schon soll die Weltbank einem bekannten Institut für Erwachsenenbildung 5000 Fr. angeboten und ausbezahlt haben, damit ein Weltbankvertreter dort einen Vortrag halten konnte (dies sind durchaus übliche amerikanische Methoden). Im Hinblick auf die Abstimmung offerierte die Weltbank schweizerischen Massenmedien Angebote, die weit über das übliche Mass einer an sich erwünschten Beförderung mit Dokumentationsmaterial hinausgingen: Ein Fernsehmann wurde nach Genävi für «Begutachtung» von Weltbankprojekten geschickt; nach Afrika wurde gleich ein ganzes Team eingeladen.

Die Bundesverwaltung hinter dem Ja-Komitee

Bereits im Februar 1976 luden die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und der Dienst für technische Zusammenarbeit (DfZ) des Politischen Departements Journalisten und Medienleute nach Luzern und Montreux ein. Referenzen waren ausschliesslich Weltbankfunktionäre und Vertreter der Bundesverwaltung.

Die beiden Bundesbeamten Botschafter E. Jacobi (Handelsabteilung) und Vizedirektor Raeber (DfZ) waren die Initiatoren des Abstimmungskomitees, das die IDA-Vorlage in der Öffentlichkeit durchboxen sollte. Sie beide waren es, die mit der Privatwirtschaft (Wirtschaftsförderung) und den Freisinnigen Kontakt aufnahmen, die Finanzmittel organisierten und ein Komitee auf die Beine stellten, natürlich ohne Einsitz zu nehmen. Die Strategie war ursprünglich wie folgt vorgesehen: Die «Wirtschaftsförderung» sollte bezahlen, das Präsidium des Abstimmungskomitees sollte einen sozialdemokratischen Politiker (es war von Alt-Bundesrat Spühler die Rede) angebotener werden. Die SP wurde beschwichtigt mit dem Hinweis, die Finanzquelle würde nicht genannt werden. Die Pläne für dieses Konzept scheiterten, als die Bedingungen der SPS, nämlich dass die «Wirtschaftsför-

Die Profiteure

Es ist nur eine kleine Anzahl von Firmen, die in unserem Land von den Weltbankaufträgen profitieren. Namentlich sind es im Dienstleistungsbereich (Ingenieuraufträge):

- Elektro-Watt
• Motor-Columbus (die sich in Klaus Huber einen früheren Weltbankmitarbeiter als Direktor gewonnen hat, der jetzt unter anderem Offerten für die Weltbank verfasst)
• Nestlé (Nutzen aus weltbankfinanzierten Grossplantagen, zum Beispiel in Brasilien)
• Ciba-Geigy
• Sandoz (Lieferung von Schädlingbekämpfungsmitteln für Weltbank- und IDA-Agrarprojekte)

Die Abstimmungssekretariat nicht übernehmen dürfte, von den Bürgerlichen nicht erfüllt wurde.

Die Bundesverwaltung belieferte Organisationen, Verbände und Presse mit einer mehrhundertseitigen Dokumentationsmappe, mit Frage- und Antwort-Katalog und sogar mit «Standard-Referaten» für Politiker. Kein Pro und Kontra natürlich, sondern einseitig eine befürwortende Position.

Über ändern Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni, über das viel wichtigere Raumplanungsgesetz und über den Verfassungsartikel zur Arbeitslosenversicherung kommt aus dem Bundeshaus keine einzige Abstimmungsanfrage. Warum wohl? Die Antwort ist einfach: Weil diese beiden Vorlagen nicht im Interesse der Bürgerlichen liegen. Der Rechtsfreisinn ist bei der ersteren sogar dagegen.

Eine neue Tendenz

Bei der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung scheint sich eine neue Tendenz abzudecken: die Handelsabteilung macht die Politik, das Eidgenössische Politische Departement unter dem Sozialdemokraten Graber holt die Kohlen aus dem abstimmungspolitischen Feuer. Der IDA-Kredit wurde von der Weltbank und der Handelsabteilung ausgehandelt. Die Schweiz ist beim internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank (als Nichtmitglied) stets durch die Handelsabteilung vertreten, also gerade durch jene Bundesstelle, die am ungrüttesten die Interessen der Wirtschaft durchsetzt.

Die Durchsetzung im Parlament, die administrative Begleitung und sogar die Vertretung der Vorlage in der Volksabstimmung muss das Politische Departement machen. Betrübtlich ist dabei, dass das sozialdemokratisch geleitete EPD zu einer Akzeptierung der Handelspolitik gezwungen wird. Man könnte sich wenigstens eine grössere Eigenständigkeit des EPD vorstellen, wenn dessen Vorsteher, Bundesrat Graber, sich selber etwas mehr in die entwicklungspolitischen Probleme einarbeiten würde. Die besten die sozialdemokratische EPD zu einer Akzeptierung der Handelspolitik gezwungen wird. Man könnte sich wenigstens eine grössere Eigenständigkeit des EPD vorstellen, wenn dessen Vorsteher, Bundesrat Graber, sich selber etwas mehr in die entwicklungspolitischen Probleme einarbeiten würde. Die besten die sozialdemokratische EPD zu einer Akzeptierung der Handelspolitik gezwungen wird. Man könnte sich wenigstens eine grössere Eigenständigkeit des EPD vorstellen, wenn dessen Vorsteher, Bundesrat Graber, sich selber etwas mehr in die entwicklungspolitischen Probleme einarbeiten würde.

Wer steht hinter dem Abstimmungskomitee?

Bei Redaktionsschluss sind die Namen des Abstimmungskomitees noch nicht bekannt. Man sucht noch gutklingende Ausgehungenamen. Aber was tut's? Die Namen dienen nur der äusseren Zierde. Die Propaganda für die Abstimmung und deren Finanzierung, dies ist uns aus sicheren Quellen klar, stammen aus der Küche der «Wirtschaftsförderung». Auch die Strossrichtung ist schon klar: Man will das Eigeninteresse der Schweizer hervorheben, die Bedeutung der Weltbankaufträge für die Schweizer Wirtschaft und die Arbeitsbeschaffung herausstreichen (obgleich die Weltbankaufträge nur 0,5% der schweizerischen Exporte betragen). Das Gespenst der Arbeitslosigkeit soll auch hier als Disziplinierungsinstrument angewandt werden.

Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (SAFE)

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon 2 (01) 47 54 00, Postfach 200 (Rabatte)
Redaktion: Konrad Fister, Ruedi King, Rolf Nef, Beat Schweingruber.
Artikel gehen jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.
Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.
Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenvereine, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).
Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 000.
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich,
Tel. 2 (01) 47 54 00, Telex 55 235
1-2 1/2 mm-Zeile, -62 Hz (inkl. Rabatte)
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.
Redaktionsschluss Nr. 6: 21. 5. 76
Inseratenschluss Nr. 6: 28. 5. 76

d'wälräis vome zwänzgerli

es zwänzgerli ghört ame chrissit im züri-uerland
und so dem sys büchli i d'sunttschuel gaad;
da truckt er ems i d'hand;
verlir mers nüd, o'egerli, und schomps in schlitz vom negerli
lueg zue, wies nickt, pass uff ufs chläid;
sig brav und los, was d'gotte säit;
die gotte nimt das zwänzgerli mit fränkler und mit füfzger
tuets zämme ins seckli je und säit mit tüüfem süfzger;
das freut bestimmt de missionar, wo z'afrika so wunderbar
de arme häidebüebli guet und chrisschitlich wyterhälfe tuet
de missionar hät schüüli freud, er nimmt vo dene batze
er springt zum nächste negerli und strycht em über d'glatze
und säit: du wirsch doch nächstens tauf, da gaats doch nüd, das me blutt umeilauf
da nimmt das gält vor chrichthäit
s'isch öppis anes sunttsigchläid
das negerli, das nickt und chauft sich dänn es prächtigs gwand
de stoff derzue chompt, prezys usm züri-uerland
so chumt das zwänzgerli wider häi, da d'falsch is es nöd eläi
s'hit enner na chli me deby
als wos bim missionar isch gsy
und wänn im züri-uerland am sunttig d'glogge schlaat
und eusem chrissit sys büebli brav i d'sunttschuel jez gaat
seit s'negerli, s'isch voll wie gspickt
zum zwänzgerli so gschäll, wänn's nickt:
j'ä hoi, bisch du au wider da
wand mit d'chil namal d'urelaaf?

Atomkraftwerk-Interessenten greifen zur Werbung

Sanftes Werben für Atomkraft

Dass Atomkraftwerke nicht der Stein des Weisen sind, hat schon ein breiter Teil unserer Bevölkerung gespürt. Aber mehr noch als diese unbestimmte Angst vor der Technik hat die Einsicht Fuss gefasst, dass die Frage der Atomkraftwerke eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage ist, eine Frage nach dem wirtschaftlich verantwortbaren, notwendigen Mass an technischer Entwicklung und andererseits nach dem nötigen Schutz der Bevölkerung und der Umwelt. Die Kritik an der Atomkraftwerk-Politik ist die Kritik am blinden technokratischen Profitmaximalismus. Das haben mitunter auch die Atomlobbyisten erkannt, wenn sie in Kampagnen die ängstliche Bevölkerung beschwichtigen, die politischen Gegner aber mündlich machen wollen. «das konzept» berichtet am Beispiel der BRD und Berns.

2 Millionen DM wollen Badenwerk AG Karlsruhe und Energie-Versorgung Schwaben AG Stuttgart lockermachen, soviel Geld für eine Informationskampagne, die bewirken soll, dass einerseits «der Baubeginn (ihres 1250-Megawatt-Kernkraftwerks Wylh) ohne Störungen vor sich gehen kann» und andererseits «bei weiteren Kernkraftwerkprojekten Zeitpünktchen wie in Wylh aufbleiben. Offene Briefe, Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und TV-Spots sollen der Bevölkerung den Bau des Kernkraftwerks verspätet schmackhaft machen - gebraut wird die Public-Relations-Suppe in der Hamburger Werbeagentur Kurt Drews. Die Zeiten, wo Ministerpräsident Hans Karl Filbichler (damals noch Aufsichtsratsvorsitzender der Badenwerk AG, inzwischen von diesem Posten zurückgetreten) die Besetzer des Baugebietes in Wylh «Erfüllungsgehilfen kommunistischer Drahtzieher» schimpfte und drohte, ohne Kernkraftwerk Wylh «gehen noch vor 1980 im Lande Baden-Württemberg die Lichter aus», sind Vergangenheit. Die pro-

fessionellen Manipulateure beherrschen feine Rhetorik: Sie wollen «die Ängste durch Besseres ersetzen, aber nicht durch Zwang», denn, so eine ihrer Schlagzeilen: «Nichtwissen macht Angst. Wissen macht sicher.»

Haben Kernkraftwerkgegner Nachhilfestunden in Technologie nötig? Wer's glaubt, verschwendet Millionen. Solche «Bildungsaktivität» würde doch wohl voraussetzen, dass Kernkraftwerkgegner dummer wären, als sie sind. Dass dann Public Relations die Stimmung für Kernkraftwerke - sozusagen radioaktiv um sich greift, daran glauben nicht einmal Vertreter der Kernkraftlobby. Meint Badenwerk-Vorstandssprecher Hugo Rhein: «Es ist eine Illusion, zu glauben, dass sich auch der letzte Gegner durch noch so ausgeklügelte PR-Methoden und Mittel ein anderes Urteil bildet.» Auch Christian Rosenthal, Chef der Chemischen Werke München, deren Bleichemische-Zweigwerkprojekt im elsässischen Marckolsheim dank solidarischem Widerstand der Bevölkerung Projekt geliebt ist, winkt resigniert ab: «Ganz egal, welche Öffentlichkeitsarbeit man auch macht, sie ist fälschlich.» Anderer Meinung ist Geschäftsführer des Deutschen Atomforums V. Werner Rudloff, er der wohl eifrigsten Vertreter aggressiver Kernkraftwerkwerbung; gespeist aus einem Millionenetat, will das Atomforum sogenannte «Meinungsbildner», nämlich Lehrer, Journalisten, Politiker, im September 1975 bearbeiten lassen. Rudloff: «Wir wollen nicht Meinung machen, sondern nur Meinung ermöglichen.» Was für eine, ist wohl klar. «Wir müssen die Opposition gegen Kernenergie ernst nehmen», predigt Rudloff. «Bagatelisieren ist heute nicht mehr angebracht. Dazu gehört auch, die Gegner zu nehmen, die unangelegentlich, vielleicht auch kindische oder scheinbar unsinnige Fragen stellen.» Und dann lässt er auch seine ideologische Katze aus dem Sack: «Eine Grenze sollte die Gesprächs- und Auseinandersetzungsphase haben: Wird erkennbar, dass die Argumentation sich nur vorübergehend gegen die Kernenergie richtet und eigentlich unser soziales System meint, sollte man das Gespräch mit grosser Vorsicht führen und notfalls abbrechen.» Teilt Rudloff etwa die Befürchtungen von Badenwerk-Vorstandssprecher Hugo Rhein, der suzult: «... in der dialektischen Argumentation mit den Wortführern der Gegner ziehen wir ohnehin den kürzeren.»

Mögen Sie Ölscheichs?

Die Frage klingt höchst überflüssig! Wie soll man freundschaftliche Gefühle hegen für diese Ruinde orientalischer Herren, die das Autofahren so verteuert haben und die Autobahnen sogar leerlegen können, wenn immer sie wollen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie wohl es den selbstbewusst gewordenen Regierungen der Ölländer tut, von Europas Ministern und Industriellen respektvoll und gleichberechtigt behandelt zu werden. Nicht mehr anbetend, sondern mächtige Partner im Geben und Nehmen. Aber: es gibt noch gut 75 Völker auf unserer Erde - die letzten nach derselben Möglichkeit, durch Macht endlich Respekt zu erlangen. Eine «Ölkrise» können sie nicht inszenieren - wo nichts ist, können sie nichts machen. Bangladesh zum Beispiel könnte höchstens eine «Luftkrise» arrangieren. Das Land kann dank der «Vorsorge» des Kolonialismus heute praktisch nur Jute-gewebe verkaufen. «Jutekrise»? Die chemische Grossindustrie der reichen Welt könnte der Regierung von Bangladesh eine Extraportion Jute zu einem Nominalwert zahlen. Oder wie wär's mit einer «Kaffee-, Tee- oder Kakao-Krise», wo heute schon zu viele arme Länder zuviel von diesen tropischen Getränken anbauen? Selbst «Kupferkrisen» haben keinen Sinn, solange die tüchtige CIA darauf achtet, dass Staatspräsident unterentwickelter Länder nicht etwa die Interessen ihrer eigenen Völker oben an stellen. Damit uns aber das beruhigte Lächeln auf dem Gesicht gefriere: Die Ausbreitung der Atombombe unter den Verdämnissen dieser Erde ist im Gegensatz zu der Verbreitung einer gerechten Wirtschaftsverordnung technisch, finanziell und politisch kein Problem. Walter Schiegg

wählte, weil ein Kernkraftwerk dort schön in ihr Verteilernetz passt, jedenfalls nach politischen Kriterien hätte die Wahl kaum geschickter getroffen werden können; das Baugebiet - längst abgeäuert, nachts zeitweise von braven Bürgern und ihren treuen Hunden bewacht - liegt in einer Gegend, wo die Welt morgens wie abends um sieben in Ruhe und Ordnung ist, die Obrigkeit auf das Vertrauen der «Untrüglichen» vertrauen kann, die SVP ihre Wähler und Stimmen hat. Wie wichtig solch politisches Fundament für den Kernkraftwerkbau sein kann, hat das BKW-Management offenbar erfasst. An der traditionellen bernischen Ausstellung (BEA) im Frühjahr 75 - welche vor allem auch Besucher vom Land anzieht - hatte die BKW prompt ihren Informationsstand. Und im Herbst wurde die Stimmung im baugebietnahen Langenthal mit einem Informationsabend und anschließender Diskussion getestet. Dabei zeigte sich, wie harmonisch die Beziehungen zwischen der BKW und oberoargaischen Gemeinde-Obrigkei-

Wer sagt, muss auch sagen! Beteiligung Gösigen nein

ten doch wohl sein müssen, liess es sich doch ein Vertreter der letzteren nicht nehmen, mit markig-verständlichen Worten die Verdienste der BKW in Sachen Energieversorgung abzusagen. Kalschnäuzig («die Technik löst jedes Problem») wischte der BKW-Vertreter vorgebrachte Bedenken gegen die bisher ungeübte Beteiligung der ausgebrennten Brennstoffe vom Tisch und erklomm im «Blick-Stil» vereinfachend-mühsames Argumentationspiel. Beispiel: der Bau im Graben werden so sicher, dass ihm «ein darauf abzustürzender DC-8-Jet» nichts anhaben könne. Fehlte nur gerade die Behauptung, Kernkraftwerke seien die erste Sache der Welt, die überhaupt keine Nachteile haben...

In jüngster Zeit versuchten die Kernkraftwerkbeiräte mit einer plumpen Angst-Mache, Ja-Stimmen zu erzeugen: liessen sie doch ein Gejammer über leere Stausen durch die Städte hallen. Bekanntlich sind diese Seen aber vor der Schneeschmelze immer leer. In dieser Zeit weltweiter Rezession (Kurzarbeit, noch zunehmende Arbeitslosigkeit) besteht Gefahr, dass im Zuge der Wirtschaftsanhebung vermehrt «fertige», das heisst sofort ausführbare Investitionsprojekte grünes Licht erhalten, dass Stichwörter wie «Lebensqualität» oder «Umweltschutz» im Stich gelassen werden. Die Kurzsichtigkeit des rein quantitativen Wachstums (wo eine nächste Krise schon drinsteckt) bedarf dringend eines Optikers, der mehr Weitsicht auf Lager hat, zum Beispiel Theodor W. Adorno: «Fortschritt heisst: aus dem Bann herausstreifen, auch aus dem des Fortschritts.» Anton Schilt

Kinder, die im Sand spielen, machen sich schmutzig. Um wieviel schmutziger sind dann erst Leute, die im Sand der Sahara leben. Die Nachrichtenagentur ddp jedenfalls meldet am 25. April aus Rabat: «Nunmehr bereit die dritte Säuberungsaktion innerhalb von weniger als zwei Wochen in dem einst von der Befreiungsbewegung Polisario beherrschten Gebiet von Guelta Zemmour in der Westsahara haben marokkanische Truppen am Sonntag eingeleitet.» Und man weiss ja: Ein bisschen sauber sein gibt es nicht; entweder ist einer sauber oder



dreckig. So ist es nur verständlich, wenn bei der Aktion Saubermann «rund zehn Polisario-Anhänger getötet worden» sind. «Darunter soll sich angeblich auch der Gesundheitsminister der von der Polisario geschaffenen Sahara-Ausgangsbefindens.» Dieser Mann scheint sein Amt vernachlässigt zu haben - wenn es mit der Hygiene so schlecht steht, das die Marokkaner säubern müssen. (Die Zürcher können froh sein über ihren obersten Hygieniker, der den Schmutz aus den Schulen vertreibt.) Eine saubere Geschichte, diese «Säuberungsaktion».

Umzüge seien Machtdemonstration nach aussen und Selbstbestätigung nach innen zugleich, besagt eine Definition. Am Sechseläten präsentiert (sich) das Zürcher Bürgertum in historischer Verkleidung und Sehnsucht nach der guten alten Herrschaftszeit. Dies ist eine gute Gelegenheit für die verschiedenen Fraktionen, einander auch öffentlich Schützenhilfe zu leisten. So brachte die «Zunft zur Zimmerleuten» dem obersten Zürcher Erzieher und Pölythgieniker, Dr. Alfred Gilgen, an seinem Amtssitz am Walchtor ein Ständchen, mit welchem sie nach den Worten von Pfarrer und Zunftführer Arnold Custer «ihren dank für seine Zivilcourage ausdrücken» wollte: für «die unerhörte konsequente Haltung, mit der Sie dafür sorgen, dass kein fremdländischer Geist in unsere Schulen eindringen kann». In seinem höflichen Dank meinte der Erziehungsdirektor, diese Demonstration sei bei weitem die sympathischste gewesen, die er bisher erlebt habe. Wäre das Sechseläten nicht so eine ernste Sache, so käme man auf den (für Gilgen) peinlichen Gedanken, die «Zimmerleuten»-Zunft habe sich einen Spass daraus gemacht, den Magistraten wegen seiner Hatz-Politik ins Gelächter zu ziehen. Aber schliesslich war das Angebot von Innerschweizer Metzern bei den Globus-Unruhen seinerzeit, der Polizei zur Hilfe zu kommen, ja auch ganz ernst gemeint.

Das Berufsverbot in Deutschland treibt makabre Blüten. Mit diesem Gesetz, das Beamten die Einstellung verbietet, wenn sie nicht den Nachweis erbringen können, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, wurde nämlich ein Lokomotivführer entlassen, Grund: er sei Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und gefährde das Leben seiner Passagiere. Kommunist = Mörder, das hatten wir doch schon zur Nazi-Zeit.

Otto Roegele, rechtsgerichteter Zeitungswissenschaftler in München und Herausgeber des ebenso rechten «Rheinischen Merkurs» fragte im Streitgespräch mit Meienberg und Wallraff, wo man denn hinkäme, wenn kritische Journalisten auch noch beanspruchten, auch gedruckt zu werden. Eine subtile Art von Zensur also. Aber was soll's? Schon im 19. Jahrhundert gab Heinrich Heine Herrn Professor Roegele recht: «... ach, ich kann nicht mehr schreiben, ich kann nicht, denn wir haben keine Zensur! Wie

soll ein Mensch ohne Zensur schreiben, der immer unter Zensur gelebt hat? ... Schrieb ich bisher etwas Dummes, so dachte ich: nun, die Zensur wird es streichen oder ändern, ich verliess mich auf die gute Zensur. Aber jetzt - ich fühle mich sehr unglücklich, sehr ratlos! Ich hoffe auch immer, es ist gar nicht wahr und die Zensur dauert fort.» Nur: im Unterschied zu den Herren Roegele und Staub, seines Zeichens Chefredaktor der «Weltwoche» und ebenfalls empörter Gesprächspartner von Wallraff und Meienberg in Schweizer Fernsehern, war Heinrich Heine ein Meister der Ironie und Satire.

Der Volksaufklärer Ernst Cincera, Oberst und Werbeberater, hat sich besorgte Gedanken über die Objektivität gemacht. Er kritisiert die Berichterstattung über eine öffentliche Diskussion im «Tages-Anzeiger» an der eben auch Cincera teilgenommen hatte: «am.» habe seine - Cinceras - Demokratie-Definition unterschlagen und dafür den Hinweis angebracht, dass sie im Hohlgefächerten des Publikums untergegangen. Dazu habe er noch das Wort wiedergegeben, in dem Cincera als «Apostel der Volksverdümmung» bezeichnet wurde - ohne zu schreiben, dass dies (der böse Kommunist) Rothschild behauptet habe. «Eine solche Berichterstattung ist nicht objektiv», ist das Fazit des Leserbriefs. Man darf also gespannt sein auf Ernst Cinceras nächste Berichte aus der linken Szene. Denn solche Gedanken über die Objektivität wird er nun ja wohl auch auf seine eigenen Äusserungen anwenden. Oder?

«Informationen, die heute von einem Teil der Informationspresse unberücksichtigt bleiben», werden künftig auch von rechts zu haben sein. «Monitor» soll eine neue Wochenzeitung heissen, die für rund 50 Franken im Jahr abonniert werden kann. Start der Zeitung: noch vor Ende Jahr. Vater des Projekts: Willy Güdel, heute Sekretär des Hofer-Klubs Schweizerische Radio- und Fernsehvereinigung (SRFV). «Vor der ersten Kiosk-ausgabe sollen drei Nullnummern an 40 000 Adressen in der Schweiz und 50 000 Adressen im übrigen deutschsprachigen Raum verschickt werden. Weitere Güdel-Projekte: eine Nachrichtenagentur und ein Artikelabfuhrdienst für Kibitzers Gänze. - Wer einmal dahinterkommt, der bekommt die «Monitor»-Informationsbeschaffung. Weiter will Güdel eine neue Filmwochenschau aufziehen: «Mit 1,5 Millionen Franken und 150 interessierten Kinos könnte man eine farbige Filmwochenschau herausbringen.»

Mitte April bliesen die Elektrizitätswerke zum trockenen Pressurtemp die Bevölkerung. Ein Winter ohne Strom, ohne Wärme und Licht. Jedermann fröstelte angesichts der leeren Stausen. Was soll das Ganze? - Wer einmal dahintergekommen ist, wo die Atom-Lobbyisten sitzen, der erkannte bald den Spuk. Jedes Schukind weiss, dass vor der Schneeschmelze die Stausen leer sind; und die Trockenheit hatte dies noch beschleunigt. Aber seither hat es starke Niederschläge gegeben. Kein Grund zur Besorgnis also für die Bevölkerung? Nur für die Atomkraftwerk-Interessenten, welche die Bevölkerung ernst bearbeiten müssen, bevor sie mit den Ja-Stimmen rechnen können. Mit Angstmache geht's am besten.

In einem neuen Song des «Trios Eugsters» heisst es: «Wann's du nüd immer guet gahst, so gämmer doch nüd uf, gönd einfach me d' A Deck, dann gahst d' Rönchig wider uf.» So einfach ist das: Mehr arbeiten für weniger Lohn und ökonomieren mit der ständigen Angst, entlassen zu werden. Oder gar mit dem Betrieb in Konkurs zu gehen. Welche Rechnung stimmt da eigentlich?

Semesterarbeiten Dissertationen tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig. R. Hager, Waldstrasse 14 8046 Zürich Tel. (01) 57 66 50 SSS studenten-schreib-service Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten - vorschrittsgemässe und rasche Ausführung - druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur - deutsch, englisch, französisch - IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset) - 20 verschiedene Schriften - Offsetdruck (4 Tage Wartezeit) Preisliste anfordern! Die Erfahrung zeigt, dass eine sorgfältig und fachmännisch ausgeführte Manuskript den Gesamtindruck entscheidend verbessert. Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich). TEL. (01) 32 06 76 Universitätstr. 33, 8006 Zürich

Walther Kauer Schachteltraum 2. Auflage (12 000-25 000) «Ich hatt' euch etwas zu erzählen, das nicht in euren Lesebüchern steht» (E. Kästner) - und dieser Walther Kauer hat in der Tat etwas zu erzählen, das in schweizerischen Schulbüchern nicht vermittelt wird. Nein, Kauer's Roman passt nicht ins Bild helvetischer Genügsamkeit und Selbstzufriedenheit. - «Schachteltraum» - das ist inhaltlich wie formal eine hervorragend gelungene kritische Aufarbeitung der jüngsten Schweizergeschichte. Anknüpfend an das literarische Erbe von J. Bührer und Fr. Glauser, schrieb Kauer ein Stück Schweizergeschichte aus der Sicht des «kleinen Mannes». 450 Seiten, Leinen, Fr. 14.40, Verlag Volk + Welt, Berlin, DDR. Zu beziehen durch Ihre Buchhandlung. Auslieferung: Buchhandlung Literaturvertrieb 8004 Zürich, Cramerstrasse 2. Ecke Zewerstrasse (hinter Eschenmoser, drei Minuten vom Stauffacher), Telefon (01) 39 85 12 + 39 86 11. Basel: Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 15-17. St. Gallen: Cosmos Reisen und Bücher, St. Jakobstrasse.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich Telefon 01 / 27 77 27

GAULOISES Natürlich... Gauloises-Typen.

SSS PRINT Eine weitere Dienstleistung des Studentenschreib-Services, aufgeben in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Druckerei. DRUCK deiner DISSERTATION, LIC.- oder anderer wissenschaftlicher Arbeiten, qualitativ hochstehenden SYSTEMDRUCK (Offset). Verlange unsere Preisliste oder eine individuelle Offerte. Für Arbeiten, die Du beim Studentenschreib-Service schreibst, gibst es beim Drucken einen Sonderrabatt. Tel. (01) 32 06 76 Universitätstr. 33, 8006 Zürich

Methodik-Beratung für Psychologiestudenten und -doktoranden Wissenschaftliche Beratung z.B. in Fragen: - der Quantifizierung von Verhaltensvariablen, - der empirisch-experimentellen Erfassung von Verhaltensmerkmalen und ihren wechselseitigen Beziehungen, - der Versuchsplanung und methodentheoretischen Konzeption, - der psychometrischen Methodik der Datenanalyse. erteilt Ihnen die PSYCHOLOGISCHE UND SOZIOLOGISCHE INFORMATIONSLEHRE, Tel. (01) 26 39 93

Die neue Berufsbildungsgesetz unter kritischer Lupe

Der Berg hat eine Maus geboren

«Baue auf Deine Zukunft! Die Zukunft hat für zahlreiche ausgereifte Jugendliche bereits begonnen - auf dem Arbeitsamt. Die meisten unter ihnen, Bauzeichner und Buchdrucker etwa, sind durch eine mitunter lautstarke Unternehmerpropaganda zu einer falschen Berufswahl verleitet worden. Noch mehr, eine allzu spezialisierte Ausbildung verhindert glattweg, dass (junge)

Arbeitslose eine angemessene Stelle finden. Nicht erst die Jugendarbeitslosigkeit hat allerdings solche offensichtlichen Mängel in der Lehrlingsausbildung entlarvt. Seit etlichen Jahren verlangen weite Kreise, namentlich auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine Revision der Berufsbildung. Von Viktor Moser, Sekretär der Jugendkommission SGB

Das Ei ist endlich ausgebrütet! Nach jahrelangem, eher bedächtigen Marschtempo hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGa) letzten Sommer den Entwurf zu einem neuen Berufsbildungsgesetz veröffentlicht, dessen hauptsächliche Zielrichtung es mit recht wohlklingenden, verheissungsvollen Worten umschreibt: «Das neue Gesetz bezweckt, die Berufsbildung durch verschiedene Massnahmen wieder attraktiver zu gestalten, um sie als echte und gleichwertige Alternative zu andern Bildungseinrichtungen anbieten zu können.»

Recht so. Dass unser Berufsbildungswesen hinter der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

wurf die gewerkschaftlichen Vorschläge wahrhaftig mit einer starken Lupe suchen.

Ein Schritt vor, einer zurück

So gewinnt man im grossen und ganzen den Eindruck, dass Biga habe zwar fortschrittliche Lösungen angestrebt, sei aber über den eigenen Mut derart erschrocken, dass es handkehrum entsprechende Bremsen einbaute.

Unsere Hauptkritik am Entwurf gilt also in erster Linie der wagen «Sowohl-als-auch-Mentalität», welche wir jetzt anhand einiger Kostproben aufzeigen wollen.

Wohl am augenscheinlichsten kommt diese bei den Anforderungen an die Lehrmeister zum Ausdruck, setzt doch Artikel 11 eindeutig fest: «Der Besuch der Ausbildungskurse ist für die Lehrmeister obligatorisch.» Zweifellos wäre ein solches Obligatorium vollauf zu begrüssen, zumal der Stiff den Hauptteil der Lehrzeit im Betrieb verbringt und daher auf fachlich und pädagogisch geschulte Lehrkräfte angewiesen ist. Wäre, denn die an sich fortschrittliche Bestimmung wird sogleich munter durchlöchericht: Wer als Ausbilder oder Lehrmeister vor Inkrafttreten des Gesetzes auch nur einen einzigen Lehrling über die Notenhürde «Genügend» gebracht hat,

hat offenbar sein Plansoll bereits so glänzend erfüllt, dass er zeitweilen keinen Ausbildungskurs besuchen muss.

Ein schlechter Witz? Nein, so steht es klipp und klar im Entwurf. Demgegenüber verlangt der SGB ein Ausbildungsobligatorium für alle Ausbilder. Ähnlich unverbindliche Richtlinien finden wir bei der Weiterbildung für Berufsschullehrer; wörtlich: «Die Kantone können den Besuch von Fortbildungskursen für Lehrkräfte obligatorisch erklären.» «Können», müssen aber nicht.

Billige Hilfskräfte

Jahr für Jahr werden unzählige Lehrlinge als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt, obwohl eigentlich Autowaschen, Fensterputzen, Werkstattwischen und dergleichen nicht zum Ausbildungsprogramm gehören. Anstatt aber den leider weit verbreiteten Missbrauch ein für allemal einen gehörigen Riegel zu schieben, übt sich das Biga bloss in widersprüchlicher Wortakrobatik: «Der Lehrling darf zu andern als beruflichen Arbeiten nur angehalten werden, soweit diese mit dem Beruf im Zusammenhang stehen und die Ausbildung nicht beeinträchtigt wird» (Art. 21, Abs. 1). Ich muss gestehen, dass mir der tieferer Sinn dieses Satzes auch nach wiederholtem Durchlesen verborgen bleibt. Es sei denn, das Biga mache das Unmögliche wahr und verwandle eine berufsmässige Arbeit gleichzeitig in eine berufsbezogene. Unmissverständlich äussert sich hingegen der SGB in seinem Alternativtext: «Der Lehrling darf nur zu Arbeiten beigezogen werden, soweit diese mit der beruflichen Ausbildung in Zusammenhang stehen.»

Nichts gelernt aus der Jugendarbeitslosigkeit?

«Angesichts beschränkter Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehr- und Auszubildenden in ihrem erlernten Beruf drängt sich heute mehr denn je die Schaffung eines Berufsforschungsinstitutes auf, welches sämtliche Berufe umfasst, namentlich auch sogenannte Zukunftsbetriebe.» Dies hat der SGB im Sommer 1975 nebst andern Massnahmen dem Bundesrat als vordringliche Aufgabe zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Kaum jemand wagt zu bestreiten, dass eine genaue Abklärung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs enorm wichtig ist, wenn man die Jugendingenisse nicht erneut in Ausbildungsengpässe lotsen will. Überdies müsste eine zeitgerechte Berufsforschung die einzelnen Berufe und deren Beziehungen inhaltlich definieren, um zukunftsbezogene Ausbildungsprogramme zu gewährleisten.

Nun gut, auch das Biga erklärt, die Berufsforschung sei «mit allen Mitteln zu fördern». Im Klartext bedeutet das allerdings, der Bund könne an schon bestehende Einrichtungen Forschungsaufträge erteilen; von einem eigenen Institut, wie es der SGB fordert, ist hingegen keine Rede. Ein weiteres Mal also: Unverbindlichkeit. Ebenso will das Biga die mangelhafte Berufsbereitstellung praktisch beim alten belassen, indem es weder eine obligatorische Fachausbildung für Berater noch regelmässige Schulbesuche vorschreibt.

Zweifelhaftes «Verbesserungen»

Kernstück des Gesetzesentwurfes sind die sogenannten Grundausbildungskurse. Sie sollen zu Beginn und während der Berufsjahre immer dann stattfinden, wenn neue Arbeitstechniken zu lehren sind. Das heisst: Die Lehrlinge werden von Zeit zu Zeit in überbetrieblichen Lehrgängen ausgebildet, um danach in der Lehrfirma die neu erworbenen Fertigkeiten zu üben und zu vertiefen. Die Durchführung solcher Kurse ist sicherlich zu begrüssen, wird aber leider dem freien Ermessen der Berufsverbände überlassen. Einmal mehr wird eine an sich fortschrittliche Regelung durch das ominöse Wörtchen «kann» verwässert, welches an zahlreichen andern Stellen des Entwurfs auftaucht. Diese übertrie-



DI, 25. MI, 26. MAI 76 MACH MIT! SAMMLE MIT!

Sind die Ausbildungsprobleme der Studenten wirklich so verschieden von denen der Lehrlinge? Sie sind es, allerdings nicht so, dass ein Schulterschluss nicht möglich wäre. Die Studenten springen in obiger Karikatur wahrscheinlich bloss durch einen grösseren Ring und landen weicher. Aber sonst dürfte der Weg wirklich der gleiche sein.

Deshalb hilf auch Du mit bei der Sammelaktion des VSS und der Studentenschaften vom 25./26. Mai und melde Dich bei Deiner Studentenschaft, falls Du in Deinem privaten Kreis Unterschriften sammeln willst, so kannst Du jederzeit Petitionsbogen beim VSS beziehen. Für nähere Auskünfte steht Dir auch Deine Studentenschaft zur Verfügung.



nachhinkt, ist nachgerade satissam bekannt. Ebenso dürfte eine Tragweite allmählich unbestritten sein, entscheiden sich doch 70 Prozent der schulaustretenden Jungen und 40 Prozent der Mädchen für diesen Bildungsweg. (In den Prozentzahlen sind Erziehungs- und Krankenpflegeberufe nicht eingeschlossen.) Kurzum, Veränderungen sind ein Gebot der Zeit. Darüber ist man sich allenthalben einig: Unklarheit herrscht indessen über Ausmass und Inhalt der angestrebten Reformen.

Fortschritt in kleinen Dosen

Trotz der sicher ehrlich gemeinten Grundsatzklärung nimmt sich dabei die furcht angefüllte Zukunftsmusik des Biga als ziemlich brave Darbietung einer guteigenössischen Dorfkapelle aus. Bei genauerem Hinsehen bietet nämlich der lang erwartete Entwurf kaum mehr als einige Retuschen am alten Gesetz, welches sich, so das Biga, bestens bewährt habe. Das offensichtliche Zögern und Zaudern lässt sich wohl am besten mit dem Bedenken erklären, die Ausbildungsberufsbereit der Betriebe und Berufsverbände könnte nachlassen. Oder andersherum ausgedrückt: Man will die Arbeitgeber nicht mit allzu fortschrittlichen Neuerungen vor den Kopf stossen. Obwohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Frühjahr 1974 ein Alternativgesetz ergründet hatte, muss man im Biga-Ent-



Lehrjahre sind oft keine Herrenjahre (Zeichnung aus «r»an, DGB).

Schulterschluss

Der Versuch einer engen Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften und den Gewerkschaften tritt in eine neue Phase. Der bildungspolitische Vorstand der Gewerkschaftsjugend (vgl. den Artikel auf dieser Seite) drängt sich für einen Schulterschluss geradezu auf. Von seiten der Studenten ist es nur zu begrüssen, dass sich eine gesellschaftlich bedeutsame Kraft wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) für bildungspolitische Belange zu engagieren beginnt. Auch wenn die SGB-Petition, die das hängige Berufsbildungsgesetz begleitet, vordergründig nichts mit Hochschulpolitik zu tun hat, können die Auswirkungen einer ausgebauten nichtakademischen Berufsbildung nicht verluergnet werden:

Einerseits vermöge eine attraktive Berufsbildung, welche eine gute kulturelle und politische Bildung einschliesst, die nichtakademischen Berufe sozial aufzuwerten und damit den Ansturm auf die Hochschulen zu dämpfen. Andererseits sollen auch die Absolventen der erfahrungsgemäss und leider die Führungsschicht der Gesellschaft stellen, ein Interesse daran haben, dass ihre Mitarbeiter für eine echte Partnerschaft ausgebildet werden. Eine Partnerschaft, die diesen Namen verdient und nicht nur Ideologie zur Verschleierung der Eigentumsverhältnisse ist.

Bert Brecht schrieb einmal: «Komm, wir gehen zusammen fischen», sagte der Fischer zum Wurm. Helfen wir als Fischerlehrlinge den «Wurmern», sich gegen die Angel zur Wehr zu setzen. Eine Partnerschaft im Sinn des Brecht'schen Zitates kann und soll nicht unser Anliegen sein. Vielmehr wollen wir mit den Gewerkschaften, die politisch unabhängig sind, für eine Zukunft einstehen, in der jeder Mensch, sei er Kopf- oder Handarbeiter, seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend ausgebildet ist. Dabei dürfen sich die Fähigkeiten nicht wie heute nach den Konjunkturzyklen richten.

Nur nebenbei sei vermerkt, dass die Forderung der Petition, dass junge Menschen nicht nur auf die berufliche Laufbahn vorzubereiten sind, sondern auf das Leben, auf ihre Stellung in der Gesellschaft als Staatsbürger, Erzieher und Konsumenten, nicht nur für die nichtakademische Berufsbildung gilt, sondern auch für Studenten, zukünftige Lehrer usw. Ebensovonn entsprechen die Petitionsforderungen einer bestimmten politischen Richtung. Ich kann deshalb nur hoffen, dass sich möglichst viele Studenten zur Unterschrift und zum Sammeln bereifunden werden.

Ernst Schweizer VSS-Vorstandsmitglied

Techniker im Kommen

Der Studentenverband schweizerischer Techniker (SST) hat im VSS so etwas wie einen Beobachterstatus inne. Anlässlich eines Besuches seines Präsidenten, Bruno Bernet, beim VSS-Vorstand wurde folgendes Gespräch aufgezeichnet.

VSS: Bruno, kannst du den SST kurz vorstellen?

Bernet: Der SST ist auch ein Dachverband wie der VSS. Wir vertreten insgesamt an die 4400 Studenten beziehungsweise ihre bildungspolitischen Interessen. Ausserdem versuchen wir unsere Dienstleistungen auszubauen. Im übrigen sind wir ähnlich aufgebaut wie der VSS. Der Vorstand ist an keine Partei gebunden; dies entspricht auch unserer Basis, bei der die politische Diskussion erst am Anlaufen ist. Vielleicht auch als Folge der Rezession.

VSS: Stichwort Rezession: Wir haben gehört, dass es enorm viele Stellenlos Absolventen bei euch gibt.

Bernet: Ja, z. B. in meiner Abschlussklasse hatte bei der Diplompfeife bloss einer von 15 in der Schweiz eine Stelle. Dies ist ein krasses Beispiel, aber für die Situation bei den Fein- und Feinmechanikern nicht untypisch. Denn bei der feintechnischen Abteilung gibt über die Hälfte der Absolventen in die Uhrenindustrie. Dort ist der Konjunkturreinbruch nun auch äusserst tief. Zusätzliche Probleme haben die Ausländer. Sie haben meist nur eine Aufenthaltserlaubnis für die Studienzeit, dann werden sie abgeschoben.

VSS: Die Rezession hat doch bestimmte Auswirkungen auf das Arbeitsklima in den Techniken.

Bernet: Man sollte es meinen. Aber bei uns gehört die Streberhaltung von jeher zum Klima. Die Schraube konnte kaum mehr fester angezogen werden. Bei 41-45 Lektionen pro Woche kann man kaum anders als das Letzte geben.

VSS: Wo nehmen denn die Leute die Zeit her für irgendwelche Betätigun-

gen, Hobbies oder z. B. Verbandaktivitäten?

Bernet: Das ist für uns ein sehr grosses Problem, das sich fast nicht lösen lässt. Trotzdem sind die Kulturveranstaltungen, Vorträge und Filme, die organisiert werden, nicht schlecht besucht.

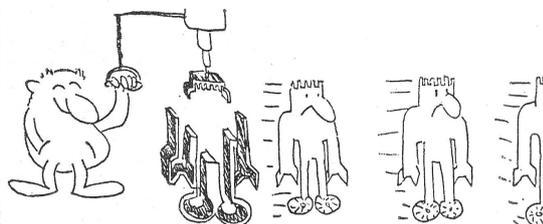
VSS: Ihr würdet anlässlich der Vernehmlassung eingeladen, zum Berufsbildungsgesetz, d. h. zum Biga-Entwurf, Stellung zu beziehen. Kannst du uns kurz eure Ansichten zusammenfassen?

Bernet: Für uns war es bedauerlich, dass entgegen allen Erwartungen kein Hinweis auf die Allgemeinbildung bei der Aufgabenbeschreibung der Höheren Technischen Lehranstalten zu finden ist. In diesem Zusammenhang wird lediglich davon gesprochen, dass «eine sprachliche Grundausbildung» vermittelt werden soll.

Angesichts der Tatsache, dass schon heute der Studienplan dieser Lehranstalten eine relativ breite Allgemeinbildung vorsieht, würde die vorgeschlagene Formulierung eine bedauerliche Kehrtwende einleiten und zu unerwünschten bildungspolitischen Konsequenzen führen.

Ausserdem möchte ich festhalten, dass uns neben der Allgemeinbildung auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung ein ernsthaftes Anliegen ist. Persönlich sehe ich es nicht ungerne, dass der VSS die Petition der Gewerkschaftsjugend unterstützt. Dies dürfte die Diskussion um das Berufsbildungsgesetz zusätzlich bereichern und die Chance einer befriedigenden Lösung erhöhen.

VSS: Bruno Bernet, wir danken dir für das Gespräch.



Eidg. patentierte «Anlehr»-Maschine

Gilgens Argumente

Der Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen und seine Hochschulkommission (HK) möchten dem «Konzept» des Garuus...

Ein Volk von Waffenschmiedern

Arbeitslose als Argument für Waffenausfuhr

Die jüngsten Zahlen über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr lassen keinen Zweifel mehr offen: Die Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes...

22. Januar dieses Jahres mit der Feststellung, dass die «neuesten Entwicklungen in Spanien eine Wende erkennen lassen»...

lokaler Konflikte, wie das Beispiel des Libanons zeigt. Der Export hochentwickelter Waffensysteme wirkt sich katastrophal aus.

Rechtfertigung durch die Rezession

In einem unlängst veröffentlichten Communiqué schreibt das Eidgenössische Militärdepartement: «13 schweizerische Unternehmen haben für mehr als eine Million Franken Kriegsmaterial ausgeführt»...

Angeht dieser Beweislast verzichtet die Redaktion auf eine Rechtfertigung.

ten Rüstungsindustrie beschäftigt. Für den Export arbeiteten 3305 Beschäftigte, was rund 54 Prozent entspricht.

Beste Kunden: Spanien und Persien

Was jedoch die schweizerische Öffentlichkeit noch mehr erstaunt als dieser neue Ausfuhrrekord, ist die Tatsache, dass 56 Prozent der Ausfuhr von Kriegsmaterial in die beiden Länder Spanien und Persien gingen.

Waffenexporte hemmen die Entwicklung...

Stellt man die Frage nach den Auswirkungen der Waffenexporte in den Empfängerländern, so lässt sich eine Reihe von Negativpunkten aufzählen, die den Anspruch der Lieferländer, eine nützliche Tat zu vollbringen, vollends zerstören.

Mehr Öffentlichkeit!

Zu einer wirklichen Demokratie gehörte die Information des Bürgers auch über Dinge, die ihm heute verschwiegen werden: zweifelhafte Geschäftsbare, Machenschaften der verschiedenen politischen Lobbies...

Fortsetzung von Seite 5

Unsere Haltung richtet sich keineswegs gegen die Berufsmittelschüler, welche absolut zu Recht - die zusätzliche Bildungschance ausnutzen. Wir meinen aber, dass der Berufsschulunterricht nicht bloss für 3-4 Prozent der Lehrlinge, sondern für alle ausgebaut werden sollte.

Anlehre: Abfaller für die Schlechteren

Mindestens ebenso fragwürdig wie die Berufsmittelschule ist die Anlehre, welcher das Biga nun einen offiziellen Anstrich geben will. Dahinter verbirgt sich nämlich ganz eindeutig die Absicht, bei den Schulentlassenen strengere Massstäbe anzusetzen.

Artikel 17f dieses Gesetzes schreibt vor, es dürften keine Ausfuhrbewilligungen erteilt werden «a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher ausbrechen droht oder sonstige gefährliche Spannungen bestehen».

Trotz dieser doch eigentlich klaren Gesetzesbestimmung wurde der Anteil an den Kriegsmaterialexporten der an Persien und Spanien ging, von 25 Prozent im Jahr 1971 auf 46 Prozent im Jahr 1975 gesteigert.

... und zementieren ungerechte Strukturen

Viele Rüstungsgüter dienen einer Oberschicht oder einer Militärdiktatur, ihre Herrschaft zu sichern. Es ist keineswegs so, dass sich dadurch Waffensysteme innenpolitisch nicht mehr verhalten lassen.

Der Bundesrat weicht aus

Immer wieder versuchen Parlamentarier, Auskünfte über die Kriterien der Exportbewilligungen zu erhalten - vergeblich. Der Bundesrat wich in seinen Antworten stets aus.

Modell-Zivildienst '76!

Wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sind weltweite Ursachen von Gewalt und Unterdrückung. Der Zivildienst soll Teil einer alternativen Sicherheitspolitik sein.

einem zivilen Ersatzdienst versorgen kann. Es gibt wenig Vorstellungen darüber, wie ein Zivildienst aussehen soll.

Mit dem Modell-Zivildienst '76 werden Forderungen aufgestellt: qualifizierter Zivildienst in Projektauswahl und Realisierung, internationale Dienstleistung und Beteiligung; Männer und Frauen, Mitbestimmung und Selbstverantwortung in der Zivildienstgruppe.

Für nur 10 Franken erhalten Sie «das Konzept» bis Ende Jahr ins Haus. Monatlich eine kritische Alternative zum bürgerlichen Presse-Eintopf.

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

das Konzept zu Wirtschaftsfragen. Nr. 1/76 Arbeits-Los-Spiel Ein alternatives Würfelspiel für 2-8 Personen. 12/75 Rüstung Tiger-Beschäftigungsfähig - Arbeitsbeschaffung und Waffenexport.

Zürich hat wieder eine linke Tageszeitung!

Als Ersatz für die untergegangene Zürcher «AZ» erscheint seit 1. Mai das «Volksrecht» als Kopfblatz des «Freien Aargauers» mit einer Zürcher Lokalseite.

Mit dem «Volksrecht» für die Rechte des Volkes

Ich bestelle ein Abonnement bis Ende 1976 zu Fr. 43.- Name Vorname Strasse PLZ/Ort Unterschrift Beruf Jahrgang

SCI (Service Civil International), Arbeitsgruppe Zivildienst, Postfach 119, 4009 Basel.

In den Fesseln des multinationalen Kapitals

Wirtschaft und Unterdrückung in Chile

Die chilenische Armee ist in sich tief zerstritten. Englische Zeitungen haben namentlich über Meinungsverschiedenheiten zwischen General Leigh, Kommandant der Luftwaffe, und General Pinochet berichtet. Gewisse Militärs, denen Washington politische Unterstützung zusichert, würden dem gegenwärtigen Terror eine

«saubere» Diktatur mit repressiven Methoden weniger provokanter Art vorziehen. Aber, wie James Petras nachweist*, liegt das wahre Problem darin, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung untrennbar verknüpft ist mit einer brutalen Diktatur. Übersetzt aus «Le Monde Diplomatique»

Quasi alle Länder der Welt verurteilen heute die chilenische Junta aufgrund ihrer systematischen Anwendung der Folter, ihrer permanenten Missachtung der Menschenrechte und ihrer Polizeistaatmethoden. Nach dem Blutbad der ersten dem Putsch folgenden Monate schickte die Junta dauernd in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens weiter. Diese blutige Repression betrifft nicht bloss die Linke. Auch führende Christdemokraten, ja selbst anfänglich militante Anhänger der Junta haben die Härte der Geheimpolizei (DINA) zu spüren bekommen. Die Berichte der internationalen Organisationen und die Appelle des Vatikans haben fast nur auf die Verletzung der Menschenrechte aufmerksam gemacht. Nicht genügend diskutiert wurden hingegen die sozioökonomische Lage des Landes und die Entwicklungsstrategie der Junta. Die diktatorische Politik ist nämlich nichts anderes als die Kehrseite der Medaille einer «liberalen» Wirtschaft. Nur mit Hilfe ihres allgegenwärtigen Terrors können die Militärs und ihre Ökonomen das neoliberale Wirtschaftsmodell durchsetzen, das ihre Lehrmeister, die Professoren Milton Friedman und Arnold Harberger aus Chicago, ihnen empfohlen haben.

In den heutigen kapitalistischen Gesellschaften stellt der «freie Markt» einen Mechanismus dar, der bezweckt, die staatlichen Wirtschaftsinterventionen zu entkräften und die politische und ökonomische Macht nationalen oder ausländischen kapitalistischen Monopolen zu übertragen. Diese Reichtums- und Machtverschiebungen zum Schaden der Lohnabhängigen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen wären nicht möglich ohne rigorosen Polizeistaat. Während die Folter, die Konzentrationslager und der politische Terror Hunderttausende von Chilenen treffen, erfahren Millionen, nämlich mehr als 80% der Bevölkerung, die «ökonomische Repression».

Löhne unter dem Existenzminimum

Die ökonomische Entwicklungsstrategie der Junta besteht aus:
• der Ermütigung zu privaten Investitionen,
• dem Schutz des Privateigentums und
• dem Anreiz zur Konkurrenz.
Um das Wachstum der Privatwirtschaft zu fördern, setzt die Junta alles daran, ausländisches Kapital anzuziehen und die ausländischen Märkte zu erschließen. Zu diesem Zweck versucht sie die Preise stabil zu halten, durch eine Reduktion der Staatsausgaben und eine restriktive Geldmengenpolitik. Um die Konkurrenz einzuheizen, hat sie die Zollschranken gelockert und damit den ausländischen Produkten die lokalen Märkte erschlossen. Um die Exporte zu fördern, hat sie kürzlich einmal mehr den Escudo abgewertet und die Arbeitgeber dazu ermächtigt, tiefere als «marktkonforme» Löhne, das heisst: Löhne weit unter dem Existenzminimum, zu zahlen.

Die Wirtschaftstätigkeit des Staates ist völlig unbedeutend geworden; um so mehr und immer ausschliesslicher werden aber die Polizeifunktionen als staatliche Hauptaufgabe wahrgenommen. Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen der Anhänger Milton Friedmans hat die freie Marktwirtschaft die Staatsbürokratie beträchtlich entwickelt. Anstelle von Investitionsanreizen hat die Junta für die Realisierung hoher Gewinne optimal politische und arbeitsmarktspezifische Voraussetzungen geschaffen: totale Kontrolle über die Arbeit, um den Kapitalisten disziplinierte, gefügige und beliebig ausbeutbare Arbeiter anzubieten, und ein Verbot der nationalistischen Parteien, als Garantie für die kapitalistische Sicherheit. Nach Auffassung der Junta und von deren Ökonomen sollten die spontanen Kräfte des Marktes Gerechtigkeit, Expansion, Stabilität und einen hohen Lebensstandard erzeugen!

Ein Entwicklungskonzept für hohe Profite

Die Wirtschaftsspezialisten der Junta haben die Methoden der Schocktherapie, wie sie Prof. Friedman und Prof. Harberger empfohlen haben, gewissenhaft erlernt und angewendet. Und die Geheimpolizei hat das Ihre getan, um eine «saubere» Abwicklung der Operationen zu garantieren: Die Konzentrationslager haben sich nicht geleert. Im Gegensatz zu den während der Volksfrontregierung als die kapitalistische Opposition allen Spielraum hatte, um die Regierungsprogramme und die Wirtschaft zu sabotieren, ist bis heute der Produktion keine ernsthafte Opposition erwachsen: die Junta ist also

* «Le Monde Diplomatique» vom Januar 76, James Petras ist Soziologieprofessor an der Universität des Staates New York in Binghamton



Ein Volksfest in Arica (Hafenstadt im Norden Chiles mit ca. 90 000 Einwohnern) gibt der Junta Anlass zu einer Machtdemonstration mit Truppenparade...

allein verantwortlich für ihre Irrtümer und Misserfolge.

Für 1974 hat die Junta eine Inflationsrate von 400% angegeben (nach der Schätzung der Weltbank betrug sie allerdings 600%). Für die ersten acht Monate des Jahres 1975 errechnete man eine Inflationsrate von 221,2%. Diese galoppierende Inflation ist die Konsequenz aus der spekulativen Tätigkeit der Finanzinstitute, den ständigen Abwertungen mit dem Ziel, die Grossexporteure zu begünstigen, und dem Fehlen jeglicher Gewinnkontrollen der grossen Monopole (die ihre Preise erhöhen, um das Sinken der Inlandnachfrage zu kompensieren). Die Krise, auf die sich die Macht der Junta stützt, sind identisch mit den Hauptinteressen an einer massiven Inflation. Deshalb haben auch die drakonischen Kürzungen der Sozialausgaben, der Rückgang der öffentlichen Beauftragung und die harten Entlassungswellen nichts zur Drosselung der Inflation beigetragen. Jorge Cauas, massgebender Wirtschaftsführer, und die «Ehemaligen von Chicago», wie die Ökonomen der Junta, die meisten eben Absolventen der Universität Chicago, genannt werden, verwirklichen nach wie vor Massnahmen zugunsten hoher Profite der Monopole. Da liegt eine der Hauptursachen der Inflation.

Die Unternehmerorganisation SOFOFA gibt an, dass die Produktion der ersten Monate im Jahr 1975 gegenüber jener des Vorjahres um 17% zurückgegangen ist; viele Firmen haben Konkurs gemacht.

• CAP, die wichtigste Eisenhütte des Landes, hat provisorisch einen ihrer Hochöfen in Huachipato ausser Betrieb gesetzt; nur die Hälfte der Produktion konnte im inländischen Markt noch abgesetzt werden.

• In drei grossen Textilfabriken, Tomeo, Iria und Bellavista, wird nur noch während drei Tagen pro Woche gearbeitet.

• Der Haupthersteller von Kabeln hat im Mai 75 die Produktion eingestellt, aufgrund der grossen Lagerbestände und der Unmöglichkeit zu exportieren.

• Luis Schwager, der grösste Kohlenhändler des Landes, weist einen Lagerbestand von 250 000 Tonnen Kohlen auf infolge des Nachfragezusammenbruchs in der Eisenindustrie.

• Auch die Autoindustrie steckt tief in der Krise, wie der gewaltige Rückgang des Brennstoffverbrauchs, nämlich innerhalb eines Jahres von 45 000 m³ auf 17 000 m³, zeigt. Hunderte von Zulieferbetrieben stehen am Rand des Bankrotts.

Der wirtschaftliche Ruin eines grossen Teils des Kleinbürgertums ist das Hauptergebnis der Wirtschaftsstrategie der Junta. Die Kleinhandler und die Patrons der mechanischen Werkstätten, die Taxichauffeure und die Camionneure sehen nun, angesichts gezielter Kreditverweigerungen und sinkender Kaufkraft, machtlos ihrem wirtschaftlichen Untergang entgegen und erfahren, dass der Antikommunismus ihre Rechnungen nicht begleicht. Trotzdem denken sie heute nicht an Boykott oder Aussperungen.

Verarmung der Massen und Konzentration wirtschaftlicher Macht
Der Lebensstandard der Arbeiterschaft sinkt im heutigen Chile für lateinamerikanische Verhältnisse in noch nie dagewesenen Ausmass. Das Realinkommen der am meisten Benachteiligten ist im Vergleich zu den Jahren 68/

69 um 60% geschrumpft. Das ist die logische Folge der Junta-Doktrin: «Freie Preise, freie Löhne». Im chilenischen «freien Markt» erlaubt zwar die Diktatur den Kapitalisten, die Preise beliebig hinaufzuschrauben, unterbindet hingegen brutal die Bestrebungen der Arbeiter für höhere Löhne. Das Ergebnis ist jene schreiende Armut, die man in allen Arbeitervierteln antrifft: Ungefähr 80% der Lohnabhängigen sind Opfer der Wirtschaftspolitik der Junta. 60% der Familien leben unter der Armutsschwelle; sie befinden sich permanent in einer extremen Notlage und leiden an schwerer Unterernährung. Mit dem minimalen Familieneinkommen von 18 000 Escudos, wie es die Junta 1974 festgesetzt hat, kommt eine mittlere Familie, auch wenn sie ihr ganzes Budget für die Ernährung einsetzt, kaum auf die Hälfte der medizinisch als lebensnotwendig erachteten Nahrungsmenge. Mitte 1975 hat die Junta die Arbeitslosenraten auf 16% beziffert; die Mehrzahl der Beobachter schätzt jedoch 20-25%, das wären rund 600 000 Chi-

Die schweizerische Präsenz in Chile

«Nestlé kontrolliert fast die ganze industrialisierte Milchproduktion und die Produktion gemahlener Kaffees, somit einen grossen Teil der (konservierten) Lebensmittelproduktion. Nestlé ist schon seit drei Jahrzehnten im Land tätig. Ihre Filiale, die Chiprodal S.A., kontrolliert sechs Fabriken: Graneros (Konservenmilch, Nescafé und Nebenprodukte), Los Angeles und Osorno (Konservenmilch), Lanquihue (Trockenmilch), San Fernando (Maggi-Produkte, Bouillons und Suppen), Rancagua (Past-Milch). Die andere Nestlé-Filiale, La Savory, produziert in Santiago Glacén und tiefgekühlte Esswaren (Finds). Auch die schweizerische chemische Industrie ist sehr stark vertreten in Chile: Ciba-Geigy, Sandoz und Productos Farmaceuticos Roches geniessen eine privilegierte Stellung im chilenischen Gesundheitswesen. Bührle-Oerlikon, heute einer der wichtigsten Waffenerzeuger der faschistischen Junta, kontrolliert vier Unternehmungen der Maschinenindustrie, über die Filiale von Panama (Finsura). Im gleichen Sektor halten die Firmen Sika und BBC mächtige Positionen.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon» von Jean Ziegler, erschienen bei Seuil, Paris, 1976

• der Reprivatisierung der Produktionsmittel und
• der Annullierung der Agrarreform... Die alten amerikanischen Kupfergesellschaften haben von der Junta Hunderte von Millionen Dollars an «Entschädigungen» erhalten und sind zur Rückkehr eingeladen worden, um neue Gebiete im an Mineralien reichen Norden des Landes auszubeuten. Dow Chemical, Firestone und andere Multinationale haben ihre alten lukrativen Ländereien wieder in Besitz genommen. Die Junta hat heftig die Werbetrommel gerührt für ihre grosszügigen Offerten an alle interessierten multinationalen Gesellschaften für neue Konzessionen im Rohstoffgeschäft mit Kupfer, Erdöl, Holz und anderen natürlichen Ressourcen – und das zu den günstigsten Währungsbedingungen in der dritten Welt. Auch die Reprivatisierung der Banken und verschiedenen Unternehmungen des Staates ist sehr weit gediehen: Von einst 500 Staatsbetrieben sind heute nur noch 150 unter staatlicher Kontrolle, wovon 130 mit Sicherheit kapitalistischen Monopollbetrieben zufallen werden. Alle Firmen, die mit landwirtschaftlichen Produkten handeln, sind reprivatisiert worden. Die Mehrzahl der staatlichen Banken wurde der Finanzoligarchie übergeben. Sogar der grosse Friedhof Santiagos ist privaten Geschäftsleuten in die Hände gefallen! Ungefähr 60% der unter Frei und Allende enteigneten «Fundos» sind den Bauern weggenommen und den privaten Grossgrundbesitzern zurückgegeben worden. Dies betrifft 3000 landwirtschaftliche Betriebe auf einer Fläche von 1,7 Mio. Hektaren.

Der Putsch, der die sozialistische und demokratische Regierung Allende

Fortsetzung auf Seite 8

lenen, ungefähr doppelt so viele wie ein Jahr zuvor und ca. das Achtfache an Arbeitslosen im Vergleich zur Volksfrontzeit. Diese Verarmung mit ihrem volkswirtschaftlichen Aspekt des Kaufkraftschwunds zwingt die kleinen und mittleren Unternehmen, die vom inländischen Konsum abhängig sind, die Produktivität drastisch zu verringern, was die Krise zusätzlich verschärft.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung zeigt nun deutlich, wie die Politik der Junta, die doch vorgab, die Chilenen zu einigen, die Klassegegensätze vertieft: Der Anteil der obersten Einkommensschicht – 5% der Bevölkerung – am totalen «Volkseinkommen» ist innert kurzer Zeit von 23% auf 30% angestiegen. Somit gehört Chile heute zu den Ländern mit den höchsten Einkommensdisparitäten innerhalb der dritten Welt. Kurz: Die Wirtschaftspolitik des «freien Marktes» hat bewirkt, dass das Volkseinkommen vermehrt in die Hände der herrschenden Klasse fliesst, die Unterdrückung der Arbeiterklasse zunimmt und der Mittelstand verarmt.

Profite für die Multis

Der Wirtschaftszerrfall läuft parallel mit einer Konzentration der Wirtschaftsmacht. Das geschieht mit Hilfe von drei Mechanismen:

• der Preisgabe der inländischen an die internationale, multinationale Wirtschaft,



... wobei alle 50 Meter ein Soldat mit Schweizer Sturmgewehr, Marke SIG, die Zuschauer längs der Strasse bewacht.

A DER PFINGSCHTE...

FR. 360.-
FR. 175.-
FR. 470.-

PRAG 4. 6. - 7. 6.
ROM 4. 6. - 8. 6.
ISTANBUL 4. 6. - 7. 6.

JEDERMANN TEILNAHMEBERECHTIGT

GAHTS AM RINGSCHTE

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Fortsetzung von Seite 7

stürzte, hatte die Unterstützung von verschiedenen sozialen Kräften im Spannungsfeld zwischen dem Kleinbürgertum und den internationalen tätigen Bankiers. Heute distanzieren sich ein Grossteil dieser Kräfte aus unterschiedlichen Gründen von der Junta. Wie weit weiter gehen gezeigt haben: erlitten die kleinbürgerlichen Eigentümer von Produktionsmitteln grosse wirtschaftliche Verluste. Bei den technischen Angestellten und den unteren und mittleren Kadern sind noch schlimmere Einkommenseinbußen und ein dramatischer Stellenmangel zu verzeichnen. Mehr als 40 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes sind allein während der ersten sechs Monate des Jahres 1975 entlassen worden. Und 60 000 weitere Entlassungen sind vorgesehen im Rahmen des Notstandsprogramms gegen die Inflation.

Spaltung in der Machtbasis der Junta

Im Kampf gegen den «Etatismus» wurden viele von der Junta investierten (INDDAP, CORAF, UCIRA usw.) aufgelöst, und andere sind ihrer sozialpolitischen Bedeutung beraubt (CORFO). Das reale Einkommen der technischen Angestellten hat sich in nur kurzer Zeit durchschnittlich halbiert. Statt den Mittelstand vor dem Kommunismus zu retten, hat die Junta im Begriff, ihn armengeössig zu machen, so dass sich heute ein grosser Teil jener Schicht, auf der ursprünglich die Macht der Junta beruhte, gezwungen sieht, nach Venezuela, Ecuador oder in die USA auszuwandern. Auch in den Kadern, ganz besonders für die akademisch gebildeten, ist das Desaster gewaltig: Nach dem Dekan des «Institutes der Wissenschaften», ernannt durch die Junta, haben 25% der Wissenschaftler und Techniker Chile verlassen, was er für katastrophal hält, weil es das Land um 15 Jahre zurückwerft. Pinochet's Antwort darauf heisst: «Der Herrschaftsplan bringt sehr hohe soziale Kosten mit sich.» Der Junta verbleiben zwei hauptsächliche Unterstützungskräfte: der Polizei- und Militärapparat und die Grosskapitalisten einerseits, der imperialistische Mutterstaat US-Amerika mit seiner Vormachtstellung im internationalen Bankensystem andererseits.

USA stützt das Regime

Seit dem Putsch hat Chile zwei Milliarden Dollar an Anleihen und Krediten in Empfang genommen, wovon 1,6 Milliarden von den USA und internationalen tätigen Banken, die unter amerikanischen Kontrolle stehen. Der Internationale Währungsfonds hat 336 Mio. Dollar gespendet, die interamerikanische Entwicklungsbank 501,3 Mio., die Weltbank 101,2 Mio., die amerikanische Regierung 679,9 Mio. Diese, im Dienst des Imperialismus stehenden Institutionen, die es ablehnten, Allende Kredite und Anleihen zu gewähren, weil sie ihm Zahlungsfähigkeit absprechen, pumpten Summen in noch nie dagewesener Höhe in ein Regime, das systematisch die höchste Inflationsraten provoziert, die Wirtschaft schwächt und die Bevölkerung aushungert.

Für den amerikanischen Imperialismus war die von der Arbeiterklasse unterstützte Regierung Allende eine Bedrohung, auf die er mit der Militärdiktatur antwortete. Sämtliche Chile-Debatten im amerikanischen Kongress und alle CIA-Enthüllungen durch Senator Church und andere liberale Demokraten blieben ohne jeglichen Einfluss auf die Fortsetzung der amerikanischen Finanzhilfe der Vereinigten Staaten an die Pinochet-Diktatur. Diese unaufhaltsame Lawine von Unterstützungsgeldern macht deutlich, wo in den USA die Machtzentren liegen, und zeigt insbesondere, dass die amerikanische Aussenpolitik gewiss nicht in den hehren «demokratischen Prozeduren» festgelegt wird.

Mit dem Zerfall der ursprünglichen Machtbasis der Junta haben die Parteien der politischen Rechten begonnen, sich wieder in der Opposition einzurichten. Einige Christdemokraten, so Esteban, Tomie, Fuentesalba, Leighton und andere haben vorgeschlagen, mit der Volkfront zusammen eine antifaschistische Koalition aufzubauen. Auch weiter rechts hat man sich kritisch geäussert und versucht nun, sich mit gewissen Militärkreisen gegen den Wirtschaftsplan der «Ehemaligen von Chicago» zu allieren, allerdings auch mit Front gegen die Linke. Orlando Saenz, Ex-Direktor des SOFOA und bekannt als «Handlungsreisender der Junta in Sachen Umsturz» (vgl. Kästchen Zitat Ziegler), geht heute mit den Ökonomen an der Macht scharf ins Gericht: «Es gibt wahre Verleugung der Regression und des Niedergangs, die darin Zitierten sehen wollen für den späteren Sieg über die Inflation. Sie sollten einen Psychiater konsultieren.»

Eduardo Frei, der Führer der Christdemokraten, der mehr als alle anderen

Gern gesehene Chilenen in der Schweiz

«In den Jahren 1972/1973 haben sich verschiedene Persönlichkeiten der chilenischen extremen Rechten in Genf aufgehalten, wo sie oft die Kleins (Besitzer der Bank für kontinentale Handelsbeziehungen mit Hauptsitz in Genf und bedeutender Familien-Clan der chilenischen extremen Rechten) und andere Bankiers getroffen haben. Freilich selbst im Februar, März und Juli 1972 und im Januar 1973 in Begleitung der Kleins in Genf gesehen worden. Orlando Saenz, Präsident der Sociedad de Fomento Fabril (SOFOFA), der chilenischen Unternehmerorganisation, befand sich kurz vor dem Putsch in der Schweiz, um seine Freunde im Bankennetz zu mobilisieren. Saenz ist ein wichtiger Führer der chilenischen extremen Rechten, die sich in der faschistischen Bewegung «Vaterland und Freiheit» sammelt. Andere chilenische Faschisten haben nach dem Putsch in der Schweiz Karriere gemacht. Zum Beispiel Herr Gonzales, ehemals Polizeichef, dann zwangsbeurlaubt durch die Regierung Allende, ist heute chilenischer Botschafter in Bern. Ironie des Schicksals! Wen findet er wieder in der Schweiz? - Seinen ehemaligen «Patron» Nathanael Davis. Dieser Philanthrop war während der Vorbereitung des Putsches Sondergesandter von Kissinger in Santiago. Seit 1975 ist er nun Botschafter der Vereinigten Staaten in Bern.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon», Seuil, Paris 1976

dazu beigetragen hatte, die politischen Bedingungen für den Umsturz zu schaffen, seitdem die durch die Junta verursachte sozioökonomische Lage kritisiert. Mit dem Waffengang auf den Misslerol «früherer faschistischer Regimes» (er wagt noch nicht, sich mit Entscheidung zur Opposition zu bekennen) und das Vorpfeilen des Kommunismus zeigend, empfahlen er den Diktatoren, ihm die Macht zurückzugeben, bevor es zu spät sei. Für Frei ist es klar, dass die wirtschaftlichen Veränderungen von oben her kommen müssen. Deshalb wendet er sich ohne Umschweife gegen jegliche Allianz mit der Linken. Nur die extreme Rechte, so «Vaterland und Freiheit» unter Pablo Rodriguez, hält im Falle des Scheiterns die Junta versichert zu Pinochet. Immerhin findet aber auch Rodriguez, wenn die Inflation unheilvoll sei, treffe dies noch viel mehr zu auf den Hunger, die Arbeitslosigkeit und die soziale Desintegration.

Spannungen in der Junta

Die Faschisten versuchen durch solche «Vaterland» ihre einstigen Anhänger im Kleinbürgertum zurückzugewinnen, was angesichts der politischen Strukturen allerdings schwierig sein dürfte. Doch sogar in der Junta selbst gibt es, wie eingangs erwähnt, Risse, nämlich namentlich zwischen General Leigh und den «Ehemaligen von Chicago». Die Junta ist jetzt mit ihrer verlorenen Unterstützung hat Leigh öffentlich die hohen sozialen Kosten der Wirtschaftspolitik der Junta angegriffen und ein Dekret von Pinochet kritisiert, dem zufolge Tausende von Einwohnern der Bidonvilles vertrieben werden sollten. Die Junta ist jetzt mit ihrer politischen Unterstützung der Vereinigten Staaten an die Pinochet-Diktatur. Diese unaufhaltsame Lawine von Unterstützungsgeldern macht deutlich, wo in den USA die Machtzentren liegen, und zeigt insbesondere, dass die amerikanische Aussenpolitik gewiss nicht in den hehren «demokratischen Prozeduren» festgelegt wird.

Niemand kann bis jetzt den Riss in der Junta genau lokalisieren, aber mit der Verknappung der finanziellen Ressourcen und den verlängerten Notstandsmaßnahmen mit ihrem selektiven Effekt und dem Ausbleiben positiver Ergebnisse, entsteht ein Druck von seiten der mittleren Kadern in der Armee, der Truppenführer: Wenn eine gewisse Schwelle der Unzufriedenheit bei den Obersten und den Hauptleuten erreicht sein wird, könnte sich eine offene Opposition bilden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass einer der höchsten Militärs sich von der immer stärker um sich greifenden Feindseligkeit gegenüber dem massiven Abbau an Lebensniveau Vorteile zu verschaffen verspricht.

Die internationalen Beziehungen

In einem internen Zirkular hat der chilenische Aussenminister die internationale Lage, in der sich die Junta befindet, beschrieben. Gemäss diesem Selbstgespräch hat die Diktatur «seiner politischen Isolation ausgesetzt» und weiter «einem internationalen Boykott gegen Waffenlieferungen, feindselige internationalen Organisationen, beschränkten oder geschlossenen Märkten in gewissen Ländern». Das Zirkular hält fest, dass die Beziehungen zu West-

europa (mit Ausnahme von Spanien und der Schweiz) mehr oder weniger gestört sind, wegen der Anschuldigungen betreffend Missachtung der Menschenrechte. Diese mehrheitlich feindselige Haltung ist vor allem dem Druck der wichtigsten Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf die Landesregierungen zu verdanken; in Italien hat sich zudem auch eine breite christdemokratische Opposition entwickelt. Zweifellos würde ein europäischer Boykott ohne die massive amerikanische Unterstützung der Junta unabschreibbare Schwierigkeiten bereiten.

In Afrika - «mit Ausnahme von Ägypten und Südafrika» - hat Chile keine Vertretung. In Lateinamerika selbst hat Mexiko die Beziehungen zu Chile aufgekindigt. Kolumbien und Venezuela anerkennen das Militärregime mit «Vorbekalt». Einzig zu Brasilien und Argentinien gibt es gute Beziehungen.

Was die sozialistischen Länder anbelangt, so schlägt der Autor des Zirkulars vor, sollen die Beziehungen zu Peking intensiviert werden, um das Gegengewicht zur Opposition der Sowjetunion zu verstärken.

Die kommunistischen Länder, mit Ausnahme Rumanien, der DDR und Chinas, haben der Junta jegliche Hilfe versagt und die Beziehungen zu Chile abgebrochen. Teilweise unterstützen sie exilierte Widerstandsgruppen.

Im Nahen Osten soll, gemäss Zirkular, der jüdische Rechnung getragen werden, dass Israel heute eine positive Haltung gegenüber Chile einnimmt. Das politische Gewicht und insbesondere die Vormachtstellung der Araber in der Energiewirtschaft werden als bedrohlich empfunden. Der Aussenminister vertritt die Ansicht, dass die Kommunisten der Junta von der finanziellen Unterstützung durch die USA abhängt, bezichtigt das diesbezügliche Verhältnis aber als «im allgemeinen gut», trotz der negativen Stimmung vor allem des demokratischen Lagers im Kongress.

In dieser Situation, noch verschlimmert durch die schlechte Position des Kupfers im Weltmarkt und durch die weltweite Rezession, erscheint es, trotz äusserst billigen Arbeitskräften, als sehr unwahrscheinlich, dass sich Exportmärkte in genügendem Ausmass öffnen werden, um grosse Kapitalflüsse aus-

dem Ausland in Gang zu setzen, welche die Exporte unterstützen und die Produktion anheizen könnten. So lässt sich heute die Krisenlawine, in die sich die chilenische Wirtschaft mittlerweile verwickelt hat, weder durch inländische Aktivitäten (infolge der Schocktherapie) noch durch die Auslandsnachfrage aufhalten. Die Junta hat also, um die Macht nicht zu verlieren, keine andere Wahl, als den Terror zugunsten der Privilegien jener winzigen Gruppe von Bankiers, Grossunternehmern und Grundbesitzern aufrechtzuerhalten.

Die Wege des Volkswiderstands

Die tragische Verarmung der chilenischen Arbeiter hat der Geheimpolizei erlaubt, ihren Terror und die Angst der Massen zusehends zu verschärfen. Trotzdem ist es zu Streiks gekommen, namentlich in Eisen- und Kupferminen. Sabotageakte und bewaffnete Widerstandsgruppen gehören ins Alltagsbild. Polizisten und Militärs patrouillieren in den Arbeiterquartieren. Vier- oder Fünfergruppen um Aufstände im Keim zu ersticken. In den von allen Seiten her bedrohten Fabriken beginnen selbst die christdemokratischen Gewerkschaften von Pinochets Gnaden die Hungerlöhne in Frage zu stellen und gegen die zahlreichen Entlassungen, die auch ihre eigenen Mitglieder betreffen, zu protestieren. Auch sind diese Gewerkschaften immer weniger bereit, militante Arbeiter zu denunzieren. Noch wichtiger ist aber, dass gleichzeitig die Linke daran ist, im Untergrund tätige Gewerkschaften und Parteizellen in den Fabriken aufzubauen. Der Widerstand wird vor allem von den Kommunisten, den Sozialisten, dem MIR und der MAPU getragen. Wenn es auch in diesen Fragen, vorwiegend allgemein menschenechtlicher Natur, ein gemeinsames Vorgehen gibt, bestehen doch wichtige Meinungsverschiedenheiten unter diesen Trägern der Opposition, vor allem über Taktik und Strategie bezieht: Das MIR strebt eine Widerstandsarbeit an, die in einer geeinigten Arbeiterklasse verankert sein muss, jedoch auch dissidente Christdemokraten anziehen sollte. Leute, die vollständig mit der Junta gebrochen haben und

einem radikalen Reformprogramm zustimmen könnten. Die Kampfformen des MIR sind vielfältig: Das MIR verbindet direkte Massaktionen mit verschiedenen Formen passiven Widerstands (Verlangsamung der Kadenz usw.).

Die KP versucht in ihrer Konzeption des Widerstandskampfes in erster Priorität alle oppositionellen Kräfte zu sammeln und die Aktionen auf die dringlichsten Fragen zu konzentrieren, so dass eine Koalition mit der ganzen Christdemokratischen Partei möglich werden soll, um wieder zu einer parlamentarischen Demokratie, allerdings ohne die Faschisten, zu gelangen. Im Rahmen dieser Strategie verurteilt die KP jede direkte Aktion als «abenteurerisch». Sie hofft, genügend Unterstützung zu finden, um auch den rechten Flügel der Christdemokraten sowie dissidente Generale und Offiziere hinter sich zu bringen.

Die Sozialistische Partei und andere Gruppen schwanken zwischen diesen zwei Positionen. Die Linkssozialisten neigen zur Linie des MIR, die Rechtssozialisten zu jener der KP. Der Widerstand lebt weiter in einem Land, wo sich die sozialen Unterschiede zwangsläufig verschärfen, währenddessen die internationale Isolation zunimmt. Die Spannungen wachsen und entwickeln sich in Richtung Wachabsohung, vielleicht früher, als wir glauben, zu einem Volksaufstand.

treffpunkt

BE: Student (24) sucht hübschen, sportlichen Freund zum Aufbau einer Körper- und Geist einbeziehenden Dauerfreundschaft. Bildschreiben (100% Diskretion) an Chiffre 2143, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Ferien machen, ein Bier trinken gehen, Musik anhören, gut kochen, plaudern und zärtlich sein! Für all dies suche ich (stud., 26 J.) charmannte, intelligente junge Frau! Kleiner Brief und Photo an Chiffre 2142, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. 25jähriger Student hat immer noch Schwierigkeiten in der Liebe. Welche erfahrene Frau kann mir helfen? (Recht, Diskretion) Chiffre 2115, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Welche engagierte, hübsche und einfühlsame Frau (24-30) hilft psychisch etwas angeschlagenem Nichtakad. (30/182/65) aus seiner momentanen Isolation? Zuschriften an Chiffre 2071, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. ZH: Biologie (31/176) gut aussehend, möchte mit unkomplizierter Eva differenzierte Sinnlichkeit befeuchten. Keine Verpflichtungen, Diskretion erw. Hauptworte jede Zuschrift. Chiffre 2070, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. BE/FR: Doktorand (31/175/70), bi. sucht schlanken, barloschen, sehr verschwiegenen Frau (20-30) für geistig-emotionale Kontakte. Absolute Diskretion. Bildschreiben unter Chiffre 2069, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Region Bern. Student sucht zuverlässigen, liebeswerten Partner, der mit ihm die Freizeit teilen möchte. Dein Brieflein, m. Photo erreicht mich unter Chiffre 2075, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis REIS mit! kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen. Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf andere geeignete Kontakte und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».) Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 25 Worte; jede Zahl gibt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einschluss für die Juninummer: 28. 5. 76.

Ich (21) suche Reisepartner(in) für 4-6 Wochen (Juli/August) quer durch Griechenland und Äg. Türkei, Feudal am Photogrammieren erwünscht. Reiszeit: Zürich, Feudal, Adrian Kurz, Bosenackerstr. 29, 8077 Zürich. Zwei Mädchen (19) suchen Mitfahrgelegenheit (in Auto) mit Benzinkostenbeteiligung nach Schottland, England oder bei Althauskiste, Abfahrtsurlaub, ca. 3.-10. Juli. Franziska Strub, Brunnenstr. 22a, 4055 Winterthur. Wer kommt mit? Ich reise ca. am 26. 7. von Olten ab über Amsterdam nach Stockholm mit einem R.4. Wir teilen uns ein/ein/ein. Christian Heimgartner, Neumattweg 15, 4802 Strengbach. Mexican Student wishes to stay one week at a local home in Switzerland and offers one week stay at an apartment located in the south residential part of Mexico City (1977). Contact: Lia Gonzalez, Obere Müdlistr. 834, Mexico 13, D.F. Wir, meine Freundin, 18, und ich, 19, fahren nach Griechenland. Wir hätten noch eine Unterstützung für eine Mitfahrgelegenheit selbstständig. Start: Anfang Juli. Daniel Kurz, 3088 Riggisberg BE, Tel. (033) 80 03 21. Gesucht wird ein frohlicher Fernseherkamerad (19jährig) von altschweizer Stilt. Unsern gemeinsamen Feiern werden wir vom 23. 7. bis 6. 8. 76 in Figarolo (Korsika) oder in Kerkenah (Tunisien) verleben. Schreibe an: Christian Müller, Kerkenahstrasse 22, 5724 Bernsch. Suche junge Reisepartnerin für ca. 4wöchige Reise mit Auto und Hund nach Marokko im September/Oktober. Ziel: Atlasgebirge, ca. 50 km ab Marrakech, mit viel Kultur und Natur. Matthias Geisler (23), Chollhorn, 8811 Hitzel. Ich fahre am 5.8.1976 (ca. 1 Tag) nach London und am 4.9.1976 (ca. 1 Tag) zurück. Es sind noch drei Plätze in meinem Wagen frei für Mitfahrer(innen)-Einführer. Auskunft durch Meier, Tel. (01) 23 28 25. E. 25jährig, sanftmütiger, Wasserernte mit 3-4 Wochen vom 20. August an irgendwo der Welt ein Strandbungalow möchte, dabei einfach liebe, zussie und hege. Wen interessiert? Elisabeth Sporn, Grangasse 3, 8004 Zürich. Es-Sucht, 38, mit Auto, Motorrad, Zeit, suche jemand, unkomplizierten Reisegefährten für Nordland- u. Marokko-Reise (evtl. nach anderer Reisezeit), 26. Juli-15. August. Ernst Gähwiler, 19, 6100 Olten, Tel. 067 21 11 11. Suche Reisebegleiter(in) für eine Reise über Land nach Indien/Südostasien. Dauer: 6-10 Monate, Start ca. August 76. Nicht Du! Hinfliehe, Plane hin, schreibe an: Franzen Kurzer (25), Haldenstr. 19, 3000 Olten, Tel. 067 21 11 11. Möchte Du mich bei Oktober 76 nach S.A. reisen - nördl. Brasilien, Kolumbien, Peru, Bolivien. Suche dafür «kumpagneire» Reisebegleiter(in). Ich, 26, 1. wähl, plane diese Reise mit Rückkehr u. offener Verkehrroute. Ich, suche Kultur u. Natur erlebnisreich: Elisabeth Becker, Maistr. 29, 818München 2, BRD.

FLOHMARKT

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf Verkauf paradisisches Bauernhaus an touristisch unerschlossener Küste Andalusien, am Fuss der Sierra Nevada (Skifahrten). Denke an Wohnkollektiv, da sehr viel Raum. Sofort, billige. (01) 34 14 28

Aufgaben von Kleinanzeigen:

Preis bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr., für ChiffreInnen 3 Fr. Zuschlag. Text mit Schreibmaschine oder Blockschiff sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSE-ANNONCEN AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzulösen, mit Vermerk «Kontaktaufnahme des Konzepts» bzw. «Kleinanzeigen «das konzept» auf der Rückseite von Abschnitt des Einzahlungscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Ihre DISSERTATION druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin Druckerei Gysin AG - Haus der Reprographie Im Sennhof Zürich, Telefon 01/46 16 66 Fax 01/46 24 00 00 Hauptstrasse 2 / Ecke Schwammbühlstrasse, Telefon 01/46 20 23

bei DM Expl. pro Seite DISSERTATIONEN druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format BÖNECKE 3392 Clausthal-Zellerfeld Frachtabwicklung Raster billigst! Kontaktinse- rate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

Sensitivity training 26.-30. Juni 1976, NE-Jura Praktische Gruppendynamik 3.-9. Juli 1976, NE-Jura Abgestufte Teilnahmekosten. Unterlagen bei Félix Liener, dipl. psych., (061) 747 0200, Riedwies, Tel. (01) 40 72 28.

«Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur» Ein Bericht über die Situation an den chilenischen Hochschulen, «das konzept» Nr. 4/76, April 1976. Erhältlich gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

SPK: Schweizerische Politische Korrespondenz

Blick in den Nachrichtentrichter

An der Thunerstrasse 32 in Bern hat die unbekannteste und zugleich mächtigste Redaktion praktisch aller kleinsten und mittleren Landzeitungen ihren Wohnsitz: die «Schweizerische Politische Korrespondenz» (SPK). Sie beliefert über 200 Blätter mit ihren Artikeln, alle mehr...

als die für viele Leser vielleicht bekannteren Agenturen SDA und DDP. Unter dem Deckmantel einer «neutralen» Agentur verbirgt sich bei der SPK ein Public-Relations-Dienst für die private Wirtschaft und für eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung.

Spenden halten über Wasser

Im Gegensatz zur SDA und zur DDP, den beiden anderen Nachrichtenagenturen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden. Der Hauptteil dieser Spenden stammt von der Wirtschaftsförderung (die das Geld ihrerseits vom Vorkauf hat), der Rest von anderen Interessierten. «Diese Spenden ersetzen uns den Inseratenteil der Zeitungen», erklärte Jäger der «National-Zeitung».

Eine wahre Papierflut – rund 3000 Seiten vierteljährlich – versickert von Bern aus in die verschiedensten Schweizer Regionen und taucht in den diversen Lokalblättern auf. Eine Wochenbilanz der Inlandmeldungen, des Löwenanteils in SPK-Material, ergibt folgendes Bild: «Ein knappes Viertel stammt aus dem staatlichen Bereich, so Verlautbarungen von Verwaltungen, Behörden und aus dem Parlament zu verschiedenen Themenbereichen. Politik heisst also für die SPK in erster Linie offizielle Politik im traditionellen staatsbürgerlichen Verständnis...

• Rund ein Drittel entfällt auf die «Wirtschaft»: im Fall SPK bedeutet das meist Eigeninformationen von Firmen und Branchen: Der Verband der Textilindustriellen berichtet über die Textilindustrie, die Landwirtschaftslobby äussert sich zur bevorstehenden Kirchenernte... • Der Rest kommt aus verschiedenen Bereichen wie Kirche, kulturelle Institutionen und auch Parteien – wenigstens von bürgerlichen, Linksparteien und Gewerkschaften finden den Weg in die SPK-Berichte sehr selten und dann nur höchstens offiziell, bei Wahlen, PR-Initiativen und Parlamentsberichten. Im Gegensatz zur SVP, deren Stellungnahmen jeder Art die SPK eifertig verbreitet.

Weisswäscherei

Je mehr man sich in das SPK-Material vertieft, desto klarer zeigt sich, dass die SPK über weite Strecken weniger eine herkömmliche Nachrichtenagentur ist als ein Public-Relations-Dienst (PR) für die private Wirtschaft und eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung. Gegenüber den eigentlichen PR-Diensten besitzt die SPK einen kaum bezahlbaren Vorteil: Bei ihren Artikeln glauben die Zeitungsredaktionen (und die Zeitungsleser), es seien Nachrichten aus dem öffentlichen Leben, nicht auftrag geschriebene PR-Artikel. So ist der SPK-Dienst denn voll von gefälligen Artikeln über Firmen und Branchen: Gueter Abschluss der Assista AG/AMAG verkaufte mehr Personwagen/Die Jubiläumsspenden der Winterthurer-Versicherungen begehrte Bährle-Publikumskarten/Schweizer Hotellerie hat Zukunft...

Die SPK sorgt mitunter auch für den Weitertransport von Artikeln, die in anderen Pressediensten bereits erschienen sind, dort jedoch leicht als parteigebunden und interessenbestimmt identifiziert werden können. Die SPK ist auch für die wichtigen hausgemachten PR-Notizen ihren Nachrichtenagenturstempel auf – und schon erscheinen sie als weissgewaschene Zeitungsartikel.

Das Redressment National sowie weitere Kampforganisationen der «Bewegten» in der Schweiz (z. B. das Forum Jugend und Arbeit, die Schweizerische Ostinstitute) werden dabei regelmässig berücksichtigt, Favoriten für die beschriebenen SPK-Umformungen sind allerdings Artikel und Stellungnahmen der Wirtschaftsförderung und von deren Filialen (Radio und Fernsehspiel, Jugend und Wirtschaft). Nicht zufällig, denn im Gegensatz zu SDA und DDP,



den beiden andern Nachrichtenagenturen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden, wobei die Wirtschaftsförderung besonders oft und tief in die Tasche greift. «Diese Spenden ersetzen uns den Inseratenteil der Zeitungen», erklärte SPK-Direktor Jäger der «National-Zeitung». Bei Zeitungen...

Unsere Nachrichtenlieferanten

- Das sind die wichtigsten in- und ausländischen Nachrichtenlieferanten, Unternehmen also, die Nachrichten zentral sammeln und diese per Post oder Telex an die einzelnen Zeitungen verschicken. SDA Schweizerische Depeschagentur DDP Deutscher Depeschendienst SPK Schweizerische politische Korrespondenz... Si. Sportinformationen EPD Evangelischer Pressedienst Kipa Katholische Internationale Presseagentur FKD Freier Korrespondenzdienst (Schweiz, Ostinstitute) SWP Schweizerische Feuilletendienst APF Schweizerische Freie Presseinformation (FDP) LID Landwirtschaftlicher Informationsdienst Gk Gewerkschaftskorrespondenz W Wirtschaftsforderung (Vorort) UPI United Press International AP Associated Press AFP Agence France Presse DPA Deutsche Presseagentur R Reuter

machen die Inserateinnahmen 50-80% aller Einkünfte aus – je nach Grösse der Zeitung. SPK-Schreiber findet man auch in einschlägigen Publikationen wieder. In den Zeitschriften der Grossbanken (etwa dem «Monat» des Bankvereins) oder der «Ciba-Geigy-Zeitung» findet die SPK stets einen passenden Aufsatz, der sich für eine zusammenfassende Meldung oder einen Kommentar eignet.

Ein (Leser)volk von Aktionären?

Nichts gegen eine umfassende Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge, dann aber unter Berücksichtigung der Interessen und Gesichtspunkte der grossen Mehrheit der Zeitungsleser, und nicht der Aktionäre. Die SPK jedoch schreibt ihre Meldungen über einzelne Firmen oder Branchen so, als ob ihre Leser nur Aktionäre und Manager wären. Sie berichtet von Bilanzen und Dividenden und Zukunftsperspektiven. Dabei meint sie selbstverständlich die Perspektive für die Unternehmer, nicht die der Arbeiter. Man spricht nicht von den konkreten Schwierigkeiten der Arbeitslosen, sondern sehr abstrakt von der Schwierigkeit, die der Arbeitsmarkt zu bewältigen habe.

«Bern, Spk. Entlassungen sind immer mit Härten verbunden. Aber sie können unabweichlich werden, wenn es gilt, den Betrieb auf ein neues, den effektiven

SPK – Wer steckt dahinter?

Der Hauptsitz der SPK befindet sich an der Thunerstrasse 32 in Bern, die Wirtschaftsredaktion an der Usterstrasse 23 in Zürich. SPK-Präsident ist im Moment der FDP-Ständerat Ulrich Luder, der Direktor der «Solothurner Zeitung». Als SPK-Direktor amtierte seit 1958 Josef Jäger, der 1947 zur SPK gestossen war und gerne Direktor der Wirtschaftsförderung geworden wäre. Chefredaktor ist seit dem 1. November 1975 Anton Stadelmann, Major bei Heer und Haus, früher Chefredaktor bei der inzwischen eingegangenen «Neuen Berner Zeitung» (SVP), nachher bei der Zürcher Public-Relations-Agentur Rudolf Farner als Vizeleiter der «Aktion Freiheit und Verantwortung».

Die SPK wurde 1917 als Verein gegründet und hiess damals «Mittelpresse». Anlass war die berühmte Spitteler-Rede über den Graben zwischen Deutschschweiz und Westschland. Die nationale Einigung hatte die SPK von allem Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben – besonders stark indessen in den 30er Jahren, als führende «Mittelpresse»-Männer auch im reaktionär-faschistischen «Bund für Volk und Heimat» politisierten.

«Die Aufklärung und Zusammenführung deutschsprachiger Volksekreise zur Abwehr weissenfremder, staats- und wirtschaftsfördernder Tendenzen» zählte die SPK auch noch 1960 in ihren Statuten auf. Erst 1974 passte sie die Formulierung des Vereinszweckes und der publizistischen Grundhaltung dem gewandelten Sprachgebrauch an.

«Die SPK spricht sich zu den in Geschichte und Staatsbewusstsein wurzelnden geist-sittlichen Grundlagen der Schweiz und damit zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seiner föderalistischen Struktur.»

Markverhältnissen entsprechendes Betriebsgrössen-Optimum zu redimensionieren... Und wenn die Unternehmer «redimensionieren» – zu deutsch: Arbeiter auf der Strasse stellen –, so wird das im SPK-Jargon als schicksalshafter Zwang, als unausweichliches Müssen, also als schönste erzielte Lösung dargestellt. «Ich sah sich gewungener, Arbeiter zu entlassen», «dass geschlossen werden muss», solche Formulierungen verschleiern die wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten. Die Wirtschaft erscheint als schicksalhaftes, launiges Gefüge. Das hört sich nicht wie ein Wettbewerb an: «Lügen im spk. Am lange Jahre heiteren Tessiner Wirtschaftshimmel sind düstere Wolken aufgezogen...»

«Könnten Sie nicht mal?»

Mitunter erhält die SPK-Redaktion auch einen diskreten Wink mit dem Zaunpfahl. Zum Beispiel von einem Ehrenmitglied des SPK-Vereins, zusammen mit einem Zeitungsausschnitt: «Ware es nicht am Platze, diesen Artikel als Ausgangspunkt für einen Angriff gegen die Linke zu benutzen...»

Merke: «In einer direkten Demokratie ist es besonders wichtig, dass der einzelne Bürger mit den Anliegen und Problemen der verschiedenen Wirtschaftszweige vertraut gemacht wird» (aus einem SPK-Artikel). Das sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Anliegen. «Unsere Aufgabe ist es, die politischen Voraussetzungen für eine liberale Wirtschaft zu verankern und zu fördern» (Direktor Jäger). Und seine Redaktion wies er an, «die bürgerliche Politik positiv zu beleuchten und die negativen Seiten der sozialistischen Staatswirtschaft zu kommentieren».

Iwan der Schröckliche

Die SPK versteht sich zwar als Nachrichtenagentur, die alle Länder, die für die Schweiz politisch und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, publizistisch erfasst. Überblickt man aber den aussenpolitischen Output der SPK-Agentur, so stellt man bald einmal einige geographische und thematische Schwerpunkte fest, die handfeste Interessen vermuten lassen: Vor allem interessieren die SPK nämlich diejenigen Länder, welche im Begriff sind, sich aus dem internationalen System zurückzuziehen, Länder, in denen auf dem Boden sozialer Ungerechtigkeit politische Bewegungen entstehen. In all diesen Fällen wissen aber SPK-Korrespondenten meist nur eines mit Bestimmtheit: Überall hat Moskau die Finger im Spiel.

SPK-Eintopf – liebevoll garniert

Das Nachrichtensystem der SPK ist recht undurchsichtig, das Argumentationsgebäude oft ein Kartenhaus, und die Quellen der Information sind vielfach unbestimmt. Nicht auf wackeligen Füüssen steht die SPK jedoch in finanzieller Hinsicht. Die SPK weiss, was sie ihren Gönnern schuldet, und stellt den Wirtschaftsverbänden ein System zur Verfügung, das ihre Selbstdarstellung reibungslos über die verschiedenen Kanäle an die Leser bringt. Die publizistischen Aktivitäten der SPK-Redaktion Bern tragen schliesslich dazu bei, dass in allen Regionen der Schweiz wirtschaftsfreundliche Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Denn all die mittleren und kleineren Zeitungen (vor allem jene

- «Von unserem SPK-Korrespondenten in...» Josef Jäger: SPK-Direktor Dr. F. W. Schlomann: Österreich, Jugoslawien, UdSSR Hans Kanitz: Kirche Jacques Baumgartner: Portugal Haim Mass: Nahost Dr. O. K. Arlt: Grossbritannien Paul Keller: OECD, KSZE Franz Züst: Uganda, Nato, Palästina, KSZE Julius Dresner: Italien Thomas Immoos: Indochina Kurt Felix: DDR, Tschechoslowakei Alphonse Max: Lateinamerika Rolf Sgrist: Bundeshaus Margaduke Rowe: Afrika (Südafrika, Angola usw.)

rund 80, deren einzige Informationsquelle die billige SPK ist) haben kaum eine andere Wahl, als die historisch-politischen Betrachtungen und Ereignisse der grossen SPK unverändert an die Leser weiterzuverbreiten. Nun müssen sie ja nicht jedem vor Augen führen, dass ihre Produkte alle in der gleichen Küche gewürzt wurden. So erscheinen denn lange nicht alle Berichte unter dem Firmenschild «SPK». Oft sind sie nur mit dem Namen des betreffenden SPK-Redaktors unterzeichnet, und zwar in vielen Variationen. Thomas Immoos, Th. I., etwa meldet sich in den Kleinstzeitungen als «unser Korrespondent» aus dem Fernen Osten, und der Leser kann stolz sein auf sein Regionalltägliches mit dem «eigenen» Berichterstatter, der die übrigen (SPK-) Meldungen so überaus sinnvoll ergänzt... Arbeitsgruppe Medienkritik



Keine Geschlechtshaltung, bitte

«Frauen aller Länder...» – «das Konzept» Nr. 3/76, März 1976 Mit Ernest Bornemanns «Das Patriarchat» hat Klara Obermüller eines der wichtigsten neuen Bücher vorgestellt, sympathisierend und klar, aber etwas zu oberflächenglatt. Gerade bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Autor sind kritische Anmerkungen nötig. Bornemann erfüllt seinen Vorsatz: «Was «Das Patriarchat» für die Arbeiterbewegung getan hat, soll «Das Patriarchat» für die Frauenbewegung liefern: eine historische Perspektive, eine wissenschaftliche Orientierung, eine Waffe im täglichen Kampf» leider nicht ganz. Immer wieder unterlaufen ihm Schmitzer, mit denen er dann in Widerspruch zu seiner eigenen Ansicht gerät, dass es im Kampf um die Befreiung der Frau zugleich um die Befreiung beider Geschlechter von Ausbeutung und Unterdrückung geht. Anhand einer beeindruckenden Materialfülle wird immer wieder gerade auf, in welchem wirtschaftlichen Bedingungsrahmen aufgrund der Umweltveränderungen (Klimawechsel Eiszeit/Warmzeit etwa) sich mit dem Wechsel Jagd/Viehzucht/Sammler/Ackerbau auch der sexuell- und juristisch-gesellschaftliche Überbau gewandelt hat. Dieser evolutionäre Wechsel wird, unter sehr friedlichen Gesellschaftsform Patriarchat (inkl. seiner Kriege) war eine historische Notwendigkeit, ebenso wie die Entwicklung Feudalismus-Kapitalismus.

Aber eben: Ärgerlich sind die Stellen, an denen Bornemann diese historische ökonomischen Bedingtheiten «vergisst» und entgegen seinem Ansatz auf die Ebene der Schuldfrage gerät und suggeriert, die Männer hätten einfach die Macht ergreifen wollen («Putsch») und seien, quasi von Natur aus, kriegerisch, zerstörerisch, ausserdem, hier verfällt er in einen männlichen Schuldkomplex, der unterschwellig auf Geschlechtshaltung, analog der Sippenhaftung, herauskommt, ganz entgegen seinem Ausblick auf das, was heute zu tun ist. Das Buch von Bornemann ist gut und notwendig; was ihm gefehlt hat, ist ein Verlagslektor, der den Autor auf seine Schmitzer aufmerksam gemacht hat («Das Patriarchat» ist ein verhindertes «Kapital II»). Aber zu dem könnte es werden, mit einigen Korrekturen. Solche Differenzierungen sind anzubringen, weil dieses Buch so wichtig ist. B. Neubaur

Bei einer Schwangerschaft

geht es immer um Leben; aber nicht nur um das vielbeschworene ungeborene, es geht zuallererst um das Leben der betroffenen Frau. «das Konzept» hat zusammen mit «intra» Zürich sein Merkblatt für Frauen, die Information betreffend Empfängnisverhütung und Schwangerschaft brauchen, erweitert und die Adressen auf den neuesten Stand gebracht. Schriftliche Anfragen für Pflanzlisten und auch in aussichtsloseren Fällen sind zu richten an: «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, frankiertes und adressiertes Couvert bitte nicht vergessen!

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Geschichte der Schweiz

Robert Grimm, der 1881 geborene Arbeiter-Gewerkschafter (während 44 Jahren Nationalrat und Vorkämpfer der Arbeiterklasse), hat seine Gelangenschaft wegen seiner Organisationsarbeit zum 1918er Landestreik gut genutzt und eine Geschichte der Schweiz geschrieben; eine andere allerdings als die, welche in den grossen und schönen Helden-Geschichtsbüchern geschrieben wird: Eine Geschichte der schweizerischen Klassenkämpfe. Dem Limmat-Verlag Zürich ist es zu danken, dass dieses 1920 erstmals erschienene Buch wieder einer breiten Leserschaft zugänglich ist (Postfach 634, 8034 Zürich, 19 Fr.).



... Man könnte auch sagen: die Freiheit, die sie nicht meinen! Sie – damit sind die Behörden in unserem Land gemeint. Und mit der Freiheit ist gemeint das Mass an kritischem Bewusstsein, das bei einem Lehrer tragbar ist. Darüber berichtet das «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz».

So stellt die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) ihre neue Broschüre vor. «Die Freiheit, die sie meinen» ist die aktuelle Ergänzung zum bereits erschienenen «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz». Beide Broschüren können für 8 Fr. bzw. 5 Fr. bezogen werden bei GKEW, Fachgruppe Erziehung, Postfach 202, 3000 Bern 8.

Nicht vergessen: Dazu gehört der «konzept»-Report über Lehrerentlassungen in der Schweiz «staatstreu, loyal und vaterländisch» aus der Aprilnummer des «konzept». Nebst Material aus der GKEW-Broschüre hat die Redaktion mit vielen Zusatzrecherchen die Situation in Schweizer Schulen nachgezeichnet. Ein Muss für politisch interessierte! Einzelnummern bei Redaktion «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich (1.50 Fr. in Briefmarken).

«Cultrun»

In der neuesten Nummer (5) der Lateinamerika-Zeitschrift «Cultrun» ist ein Kapitel aus dem neuesten Buch des amerikanischen Professors J. Peres über das chilenische Wirtschaftssystem abgedruckt (vgl. seinen Artikel in dieser Nummer von «das Konzept»). Neben anderem findet sich darin eine Analyse Kubas, 17 Jahre nach der Revolution. Zu beziehen bei: F. Guggenheim, Regimstr. 29, 8038 Zürich.

Was wir Frauen wissen müssen...

«Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele von uns Frauen schlaft und flüchtig über unsern Körper, über Verhütung, über Krankheiten usw. informiert wurden und werden.» Dies sagen die Frauen der Gruppe INFRA der FBB Bern nach gut einjähriger Arbeit in ihrer Kontakt-



und Informationsstelle; und sie haben bereits ihre Konsequenzen gezogen: In Anlehnung an aus der BRD bekannte Aufklärungsschriften der deutschen Frauenbewegungsgeschichte versuchen sie, eine leicht verständliche, gleichzeitig nicht allzu umfangreiche illustrierte Broschüre zusammenzustellen. Dies mit dem Ziel, möglichst vielen Frauen die Kenntnisse zu vermitteln, welche Grundlage und Voraussetzung zur Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben sind.

Das Aufklärungshandbuch der FBB informiert über die Probleme, die bei den Informationsstellen erfahrungsgemäss am häufigsten auftauchen: • Wie verhalten wir uns beim Frauenarzt? Wie geht eine gründliche gynäkologische Untersuchung vor sich? • Welche Verhütungsmittel sind empfehlenswert? Welche Nebenwirkungen haben die verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung? • Wie wird eine Schwangerschaft frühzeitig erfasst? Wohin muss sich eine Frau wenden, wenn sie zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch kommen will? Wie wird eine Schwangerschaft abgebrochen? • Ein kurzes Kapitel über die Frühsymptome der häufigsten Geschlechtskrankheiten. Das Aufklärungshandbuch ist ein Mittel zur Selbsthilfe. Es ist zu beziehen bei: INFRA, Postfach 1471, 3001 Bern (für 2.50 Fr.).



Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

Tages Anzeiger Magazin
 Therapeutische schweizerische Tageszeitung

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen. Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon -----

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45
 vierteljährlich Fr. 18.55
 halbjährlich Fr. 36.75
 jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
 Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
 Postfach, 8021 Zürich

7405